Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein.“!

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 10. | Berlin, 4. März 1932. | 13. Jahrg.

Eine „dekorative Erklärung“ und ihre Folgen.

„Ich muß es ablehnen,“ sagte Dr. **Brüning** in seiner Reichstagsrede am 26. 2., „auf Angriffe der litauischen Regierung, die ich für unverantwortlich und vertragswidrig halte, mit **vorzeitigen Repressivmaßnahmen** zu reagieren. Ich habe ausdrücklich betont, mit vorzeitigen Repressivmaßnahmen. Im Memelgebiet kämpft eine tapfere seit 700 Jahren deutsche Bevölkerung um die Wahrung ihrer autonomen Rechte und um die Erhaltung ihrer Kultur und Tradition. Die Deutsche Regierung hat den ihr als Ratsstaat vom Statut gewiesenen Weg beschritten. Es wird sich jetzt zeigen, ob die litauische Regierung normale Zustände im Memelgebiet herstellen wird, ob sie sich an ihre internationalen Verpflichtungen halten wird. **Ich werde nicht zögern, Repressivmaßnahmen gegen Litauen zu ergreifen, wenn die Umstände es im richtigen Augenblick erforderlich machen.**“

Schon nach den Erklärungen zu urteilen, die der litauische Außenminister **Zaunius** gleich nach seiner Rückkehr aus Genf in Kowno vor in- und ausländischen Pressevertretern abgegeben hatte, war von Litauen kein Einlenken in der Memelfrage zu erwarten. Für die Kownoer Regierung ist der Ratsbeschluß wie Zaunius sagte, nur eine „dekorative Erklärung“. Der Verpflichtung, ein neues, das Vertrauen der Mehrheit genießendes Landesdirektorium zu bilden, sucht sie sich mit allen Mitteln zu entziehen. Gouverneur Merkys hat, ohne sich vorher mit den Parteien in Verbindung zu setzen, **den Rektor der litauischen Grundschule in Memel, Simmat, zum Präsidenten ernannt** und ihn zunächst mit zwei Mitgliedern der deutschen Parteien in persönliche Verbindung, dann mit den Parteien selbst in offizielle Verhandlungen über die Neubildung des Direktoriums treten lassen. Simmats Auftrag war es, außer zwei Deutschen noch einen Großlitauer zum Mitglied der Regierung zu ernennen, um auf diese Weise **eine litauische Mehrheit im Direktorium** zu sichern, da bei Stimmengleichheit die Stimme des Präsidenten den Ausschlag gibt. Die litauischen Versuche sind bei den Parteien auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Simmat hat daraufhin im Auftrage des Gouverneurs die Geschäfte des Direktoriums übernommen, obwohl ein Direktorium noch nicht gebildet worden ist. Simmat erklärte bei der Amtsübernahme unter anderem, daß er auf Einhaltung des Memelstatuts Wert legen wolle. (!?) Er hat die bisherigen geschäftsführenden großlitauischen Landesdirektoren Tolischus, Taleikis und Vongehr gebeten, noch im Amte zu bleiben, bis das neue Direktorium ernannt sei. Da nun die Parteien ein Direktorium unter litauischer Führung ablehnen und da andererseits die Kownoer Regierung die Einsetzung eines auf das Vertrauen der Landtagsmehrheit gegründeten Direktoriums unter allen Umständen vermeiden will, weil sie weiß, daß jedes Direktorium, das das Vertrauen des Landtags besitzt, die litauische Memelpolitik ablehnen muß, ist damit zu rechnen, daß Merkys zu seinem letzten Schlage, der **Auflösung des Landtages**, ausholen wird. Die Kownoer Regierung denkt gar nicht daran, den vorliegenden Beschluß des Völkerbundsrates durchzuführen; sie vertritt den Standpunkt, daß der Memelstreit endgültig erledigt sei, daß Litauen in Genf keinerlei Verpflichtungen übernommen habe und daß auch ein für sie ungünstiges Gutachten des Haager Gerichtshofes an der vollendeten Tatsache nichts mehr ändern könne. Sie betrachtet nach wie vor die durch den Putsch geschaffenen Verhältnisse als legal und, wenn sie das etwa noch nicht sein sollten, trotzdem als unabänderlich. Der litauische Außenminister Zaunius hat sich wiederum nach Genf begeben. In den Kownoer politischen Kreisen erwartet man Beratungen zwischen dem Außenminister und den Vertretern der Signatarmächte in Genf über den Memelkonflikt. In erster Linie sollen die Besprechungen die Absetzung des Landespräsidenten Böttcher betreffen, da nur im Fall einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Signatarmächten und der litauischen Regierung diese Angelegenheit vor den Internationalen Gerichtshof im Haag gebracht werden kann, falls eine der Parteien dies wünscht.

Bei dieser doch ziemlich klaren Lage der Dinge ist es nicht ganz ersichtlich, worauf die Reichsregierung mit ihren Repressivmaßnahmen noch wartet. Es ist wohl angebracht, sie unverzüglich mit Nachdruck zur Anwendung zu bringen. Die Reichsregierung hat es, während sie in Genf kostbare Zeit verbrauchte, versäumt, die erwachte Kampfbereitschaft des Volkes zu nutzen. Auch die Entsendung eines Panzerkreuzers nach Pillau zur Veranstaltung von Meilenfahrten muß ihren demonstrativen Wert verlieren, wenn man den Kreuzer — tatsächlich Meilenfahrten veranstalten läßt.

Sollen wir es etwa auch noch geduldig hinnehmen, daß die Kownoer Regierung zu der Gewalt, die sie dem Memelland antut, den Hohn über das willensschwache Deutschland hinzufügt? Sie hat in Berlin eine Protestnote überreichen lassen, in der sie Einspruch gegen die doch selbstverständliche Erregung der ostpreußischen Bevölkerung über das litauische Vorgehen im Memellande erhebt, und sich weiter darüber beschwert, daß vier litauische Studenten der Tierärztlichen Hochschule in Berlin vom Besuch der Vorlesungen „ausgeschlossen“ wurden. Die Kownoer Regierung, die es zuläßt und ausdrücklich billigt, daß die deutsche Buchhandlung in Kowno von chauvinistischen Studenten überfallen und beschädigt wird, weil sie das Werk eines jungen deutschen Wissenschaftlers in Kowno, Dr. **Werner Essen**, über die deutschen Siedlungen Altlitauens ausgestellt hat, und die es zuläßt, daß gegen diesen deutschen Forscher eine grundlose Hetze betrieben wird, diese selbe Regierung mutet den deutschen Studenten die stillschweigende Hinnahme des herausfordernden Benehmens litauischer Studenten zu! Den deutschen Studenten, die den litauischen Hochschulbesuchern gegenüber ihre berechtigte Entrüstung zum Ausdruck brachten, blieb, da die Litauer ihrer Aufforderung, den Vorlesungen fernzubleiben, nicht Folge leisteten, nichts anderes übrig, als ihren Protest durch Verlassen der Hörsäle zum Ausdruck zu bringen, bis „von oben“ endlich eingegriffen und den litauischen Studenten geraten wurde, die Vorlesungen einige Tage nicht zu besuchen, „bis sich die Gemüter beruhigt hätten“. Man darf sich wohl die Frage erlauben, ob es nicht richtiger gewesen wäre, für eine Beruhigung der Gemüter dadurch zu sorgen, daß man sich mit stärkerem Nachdruck bemühte, den Anlaß dieser Erregung, den Rechtsbruch der Litauer im Memelland, zu beseitigen. Noch ein anderer Fall befremdet: In derselben Zeit, in der die Kownoer Regierung die Vorbereitungen zu einem militärischen Gewaltstreich im Memelland trifft, an dem auch aktive litauische Truppen teilnehmen sollen, nehmen Vertreter des litauischen Heeres, ein Offizier und zwei Unteroffiziere, auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf an einem

Spezialausbildungskursus der deutschen Reichswehr teil. Die deutsche Öffentlichkeit hätte sicherlich volles Verständnis dafür gehabt, wenn die litauischen Studenten und Militärpersonen von amtlicher Seite dahin unterrichtet worden wären, daß sich ihre Anwesenheit und vor allem ihr z. T. taktloses Auftreten nicht mit der gegenwärtigen politischen Situation vereinbaren lasse. Die deutsche Öffentlichkeit hätte es auch verstanden und gebilligt, wenn die zuständige Stelle den litauischen Konsul in Tilsit energisch auf das Unpassende seines Verhaltens hingewiesen hätte, als er, während die Bevölkerung der deutschen Grenzstadt im Nordosten gegen die Vergewaltigung des Memellandes an der Luisenbrücke protestierte, demonstrativ die litauische Fahne aufzog und unter dem Schutz der Polizei die deutschen Demonstranten verhöhnte! Die deutsche Öffentlichkeit würde es auch verstehen, wenn die Deutschen, die als Wahlkonsuln die litauischen Interessen in Deutschland wahrnehmen, nämlich die litauischen Konsuln in Breslau, Dresden, Leipzig, München und Stettin, ihre Ämter zum Zeichen des Protestes niederlegen würden.

Mit all dem nicht genug! Die litauische Regierung glaubt anscheinend nicht mehr mit einem entschlossenen, aktiven Widerstand von deutscher Seite rechnen zu brauchen. Sie beschränkt sich daher nicht auf die Verteidigung, sondern geht zum Angriff über, indem sie erstens beim Völkerbund eine Klage gegen Deutschland wegen der Androhung von Repressivmaßnahmen einreichen will und indem sie zweitens dazu übergeht, über das Memelland hinaus Anspruch auf weitere deutsche Gebietsteile zu erheben. In diesem Sinne ist zunächst einmal ein Vertrag des litauischen Außenministers zu verstehen, in dem von dem litauisch klingenden Ortsnamen Ostpreußens die Rede war, deren Klang, wie Zaunius unter dem Beifall seiner Zuhörer andeutete, im litauischen Volke die Erinnerung an seine geschichtlichen Rechte auf das deutsche Grenzland wachrufe! Vor allem ist in diesem Sinne auch die kürzlich in Kowno erfolgte Gründung eines staatlich begünstigten Verbandes für die litauischen Schulen im Auslande aufzufassen, dessen erste Aufgabe es wohl sein soll, nach polnischem Vorbilde in Ostpreußen durch Gründung von Minderheitsschulen künstlich eine Minderheit zu erziehen — in einem Lande, in dem es schon 1925 nur noch reichlich 1000, zumeist ältere Leute gab, die Litauisch verstanden! Bei dieser Gelegenheit ist es nützlich, sich daran zu erinnern, daß in Tilsit der ehemalige preußische Volksschullehrer Vyduñas (d. h. „Befreier") lebt, der seit Jahrzehnten eine großlitauische irredentistische Propaganda entfaltet. Es ist wohl Zeit, diesem Propheten jetzt endlich das Handwerk zu legen.

Eingabe der Ostverbände an den Reichskanzler in der Memelfrage.

Empfang durch Herrn Dr. Brüning.

Der Deutsche Ostbund, der Memellandbund und die anderen Ostverbände haben es bei ihrem durch das „Ostland" bekanntgegebenen bisherigen Vorgehen zur Wahrung der deutschen Interessen in der Memelfrage nicht bewenden lassen, sondern haben kürzlich in einer unter Führung des Memellandbundes abgehaltenen Besprechung die nachfolgende Eingabe an den Reichskanzler beschlossen:

„Die bisherigen staatsrechtlichen Grundlagen für das Memelgebiet haben sich als völlig ungeeignet erwiesen für den Frieden im Memellande und für ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Litauen. Litauen ist weder fähig noch willens, die zugesicherte Autonomie zu achten. Es hat die ihm übertragenen Rechte verwirkt.

Eine endgültige und befriedigende Lösung ist nur zu erreichen durch eine gänzliche Neuordnung der staatlichen Grundlagen des Memelgebiets nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, unter Ausschaltung Litauens.

Hierzu ist notwendig eine Volksbefragung aller vollberechtigten Memelländer innerhalb und außerhalb des Memelgebiets. Die unbeeinflußte Durchführung der Befragung muß durch den Völkerbund gewährleistet werden.

Wir bitten daher den Reichskanzler, den Streitfall Deutschland-Litauen über das Memelgebiet weiter verfolgen zu wollen ausschließlich auf Grund des § 11 des Völkerbundpaktes (nach dem jedes Bundesmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung auf jeden Umstand zu lenken, der den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen zu stören droht).

Wir bitten den Reichskanzler weiterhin, diesen hier vorgetragenen Überzeugungen, die Eigentum des ganzen deutschen Volkes sind, öffentlichen Ausdruck zu verleihen und danach zu handeln."

Diese Eingabe wurde Herrn Reichskanzler Dr. Brüning im Beisein des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, von Bülow, am Mittwoch durch die drei Vorsitzenden des Memellandbundes im Auftrage der Ostverbände überreicht. Der Empfang währte über eine Stunde. Herr Reichskanzler Dr. Brüning zeigte sich über alle Einzelheiten der Memelfrage aufs genaueste unterrichtet. Der Verlauf der Aussprache ließ erkennen, mit wie warmer Anteilnahme er die Entwicklung der Dinge im Memellandbund verfolgt, entschlossen, die Interessen des Deutschtums mit aller Energie zu wahren. Wie wir hören, widmet auch Herr Reichspräsident von Hindenburg der Entwicklung der Memelfrage fortgesetzt seine besondere Aufmerksamkeit.

Namens der Ostverbände betonten die an dem Empfang Beteiligten mit allem Nachdruck die in der obigen Eingabe geltend gemachten grundsätzlichen Forderungen, insbesondere auch die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Memelländer. Auch in dieser Hinsicht fanden sie erfreuliches Verständnis.

Der Deutsche Ostbund wird im Verein mit den übrigen Ostverbänden in der Betonung dieser grundsätzlichen Forderung und in der Geltendmachung der verbürgten Rechte des deutschen Volkstums im Memellande auch weiterhin nicht müde werden, überzeugt davon, daß diese Forderung nach wie vor die wärmste Unterstützung des gesamten deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses findet.

Die litauische Schützenvereinigung.

Da Litauen jetzt offenbar die Zeit für gekommen hält, die ihm lästige Autonomie des Memellandes zu beseitigen und dieses als Provinz dem Staate einzuverleiben, dürfte es von Interesse sein, sich einmal die Kräfte anzusehen, auf die sich die litauische Regierung in erster Linie stützen kann. Es ist von vornherein klar, daß die aktive Armee aus außenpolitischer Gründen bei der Verwirklichung dieses Planes aus dem Spiele bleiben muß. Als fügsames Werkzeug wird sich die Regierung aber der Schützenvereinigungen bedienen können, die wir uns etwas näher ansehen wollen.

Die litauische Schützenvereinigung („Szaulu Sajunga") ist eine nach dem Vorbild der italienischen Faschisten aufgezogene rein militärische Organisation, die nach der nach dem Sturze Woldemaras erfolgten Auflösung des „Eisernen Wolf" als einzige derartige Organisation bestehen geblieben ist und über einen ungeheuer großen innerpolitischen Einfluß verfügt. Sie untersteht dem Minister für Landesschutz. Ihre innere Ordnung ist durch ein vom Ministerrat bestätigtes Statut geregelt, im Rahmen dessen der Minister für Landesschutz die nötigen Verfügungen und Richtlinien erläßt. Als Zweck der Schützenvereinigung wird im Szaulu Sajunga-Gesetz die Stärkung der Kräfte der Verteidigung des Staates angegeben. Dies will sie erreichen durch die Stärkung der seelischen Kräfte der Bürger durch Verbreitung der Bildung, Hebung der Moral und Pflege der Heimatliebe, durch Hebung der Körperkraft, Gewandtheit und Ausdauer der Bürger, durch Ausbildung der Bürger von klein auf im Gebrauch der Waffen und Kampfmittel.

Jeder litauische Bürger beiderlei Geschlechts kann vom 17. Jahre ab vollberechtigtes Mitglied der Vereinigung werden. Die Schützen werden in Linienschützen und gewöhnliche Schützen unterschieden. Zu den Linienschützen zählen diejenigen Mitglieder, die eine programmäßige, vom Minister für Landesschutz festgesetzte militärische Vorbereitung durchgemacht haben. Die Schützen leisten bei ihrem Eintritt in den Verband einen Gehorsams- und Treueid gegenüber der litauischen Republik und ihrer Verfassung. Die notwendigen Waffen stellt das Ministerium für Landesschutz zur Verfügung. Bezüglich der Waffen und des Eides sind die Schützen gemäß den Kriegsgesetzen verantwortlich. Die Betriebsmittel erhält der Verband aus eigenen Einnahmen und den ihm durch den Staatshaushalt zugewiesenen Zuschüssen. Die Höhe der letzteren läßt sich nicht feststellen, da der ganze litauische Militäretat in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt ist. Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, daß die eigenen Einnahmen nur einen geringen Posten im Etat des Verbandes ausmachen. Die Zahl der Mitglieder läßt sich auch nicht annähernd schätzen, sie ist aber zweifellos nach Auflösung des „Eisernen Wolf" nicht unerheblich gestiegen.

Die starke innerpolitische Bedeutung der Organisation liegt in der Tatsache, daß alle wichtigen Beamtenposten, ganz besonders der Staatspolizei, mit Mitgliedern der Schützenvereinigung besetzt sind. Auch im Memellande hat sie besonders seit dem Jahre 1930 durch die Politik des Gouverneurs Merkys festen Fuß gefaßt, und hierin birgt sich die außerordentlich große Gefahr für das Memelland im Falle eines Staatsstreiches in diesem Gebiet. Wir wissen, daß im Januar 1923 durch den Einfall einer unter dem Kommando des späteren ersten Gouverneurs des Memellandes, Budrys, organisierten, aus in Zivil gekleideten litauischen Soldaten bestehenden Horde das Memelgebiet, im Widerspruch mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages, von Litauen besetzt und dann durch die Memelkonvention als autonomes Gebiet unter die Souveränität Litauens gestellt wurde. Wenn Litauen jetzt die Zeit für gekommen hält, die lästige Autonomie zu beseitigen, so wird die Schützenvereinigung dabei keine geringe Rolle spielen, zumal die — zahlenmäßig freilich geringe — litauisch eingestellte Jugend des Memellandes restlos zu ihren Mitgliedern zählt. Dr. Loeßner.

Ostoberschlesien und Gdingen.

Ohne Ostoberschlesien hätte Gdingen keinen Sinn. Wenn Polen Ostoberschlesien nicht besäße, hätte es niemals den neuen Hafen bauen können. Ostoberschlesien und Gdingen leben von und für einander: Wenn dort Industrie und Bergbau zugrunde gehen, wird hier der Hafen überflüssig. Und umgekehrt: Wenn hier der Hafen seine Aufgabe, das Ausfalltor für den Export zu sein, nicht mehr erfüllen kann, weil all die Vergünstigungen und Subventionen, die ihm mittelbar oder unmittelbar zuteil werden, nicht mehr ausreichen, um die Hindernisse, die die anderen Länder dem polnischen Export entgegenstellen, zu überwinden, dann wird dort das Wirtschaftsleben im Industriegebiet zusammenschrumpfen. Funktioniert der Blutkreislauf Ostoberschlesien—Gdingen nicht mehr, dann stürzen die beiden Eckpfeiler der polnischen Wirtschafts- und Handelspolitik, dann entgleitet der polnischen Machtpolitik die wirtschaftliche Grundlage, auf der sie aufgebaut ist; dann sind Hunderte von Millionen nutzlos ausgegeben worden und droht das Industrie- und Bergbaugebiet zu einem Brandherd revolutionierter Massen zu werden, der das ganze polnische Staatsgefüge in seinem Sturze mitzuziehen droht. Auf dem Funktionieren des Blutkreislaufs Ostoberschlesien—Gdingen beruht das wirtschaftliche Schicksal Polens.

In Gdingen wie in Ostoberschlesien zeigt es sich, daß das künstlich Geschaffene nur künstlich erhalten werden kann, daß der Hafen und die Industrie, die beide schon zahllose Millionen gekostet haben, weitere Millionen verschlingen werden, ohne daß es sich mit Sicherheit absehen läßt, ob sich das alles nicht eines Tages als ein völliger Fehlschlag herausstellen wird. Die Freude an dem beispiellosen Tempo der äußeren Entwicklung des Gdingener Hafens wird durch eine kritische Betrachtung der Grundlagen, auf denen diese Entwicklung beruht und der Mittel, mit denen sie gefördert werden mußte, ganz wesentlich getrübt. Es ist zweifellos eine imposante Leistung, wenn ein Hafen, der im Jahre 1923 überhaupt noch nicht vorhanden war, heute — nach Danzig — der zweitgrößte Hafen der Ostsee ist, alle reichsdeutschen Ostseehäfen überflügelt hat und einen größeren Warenumsatz als die alten Häfen von Triest, Venedig, Neapel, Bordeaux, Hull oder Dünkirchen aufweist; es will etwas heißen, wenn über Gdingen im Jahre 1931 nicht weniger als 24,5 v. H. des gesamten polnischen Außenhandels ging. Und es ist eine geradezu amerikanische Entwicklung, wenn der Güterumschlag in Gdingen von 9717 To. im Jahre 1924 auf 896 000 To. im Jahre 1926 und 5,3 Millionen Tonnen im vergangenen Jahre hinaufgeschnellt ist; und es ist schließlich eine für Danzig bedrohliche Erscheinung, wenn ihm in 20 Km. Entfernung ein Konkurrent entstanden ist, dessen Güterumschlag im Jahre 1931 bereits 64 v. H. des Danziger Umschlages betrug.

Diese imponierenden Zahlen verlieren aber sofort an Glanz, wenn man sie näher auf Zusammensetzung und Entstehung untersucht. Gdingen ist Massenguts-, in allererster Linie Kohlenhafen. 78,5 v. H., d. h. 4,2 von 5,3 Mill. To. des Gdingener Gesamtgüterumschlages entfielen 1931 auf Kohle und Koks. An den restlichen 1,15 Mill. To. wiederum waren andere Massengüter wie Schrott (342 000 To.), Eisenerze (22 000 To.), Thomasschlacke (71 000 To.), Zucker (115 000 To.), so stark beteiligt, daß Gdingen trotz aller kostspieligen Bemühungen, den Stückgutverkehr des Danziger und der reichsdeutschen Häfen an sich zu ziehen, zu 90 v. H. Massengutshafen bleibt. Dazu ist Gdingen ein Platz, der trotz seiner mehr als 30 000 Einwohner als Stadt so gut wie gar keine Bedeutung besitzt. Gdingen ist reiner Speditionshafen; d. h., die Handelsgeschäfte, die mit seinem Güterumschlag zusammenhängen, werden nicht in Gdingen, sondern zu 99 v. H. in Danzig oder Warschau abgeschlossen. Die Bevölkerung, von der zurzeit 10 v. H. arbeitslos sind, setzt sich fast ausnahmslos aus Arbeitern und kleinen Handwerkern zusammen, neben denen es eine dünne, zugewanderte Schicht unselbständiger Vertreter und Agenten gibt. Gdingen ist ein Platz, an dem sich privater Unternehmungsgeist noch nicht entfalten konnte, woraus am besten das Künstliche und Unsichere dieser ganzen Gründung hervorgeht. In Gdingen gibt es keine Börse; außer den drei polnischen Staatsbanken unterhält nur eine einzige Privatbank eine Zweigniederlassung in Gdingen. Die Reisschälmühle, die Ölmühle und die Obstdörranstalt sind bisher die einzigen industriellen Unternehmungen der Hafenstadt. Als Schiffahrtsplatz wird Gdingen außer von den ganz- bzw. halbstaatlichen polnischen Schiffahrtslinien nur noch von zwei ausländischen Linien regelmäßig angelaufen. Die Ausfuhr übersteigt mengenmäßig die Einfuhr um das Neunfache. Das bedeutet, daß acht Neuntel des auslaufenden Schiffsraumes unbeladen den Gdingener Hafen anlaufen müssen, was naturgemäß eine erhebliche Verteuerung der Frachttarife und Hafengebühren bedeuten würde — wenn der Gdingener Hafen nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen wirtschaften müßte. In Wirklichkeit sind jedoch die Hafengebühren in Gdingen so niedrig wie in keinem anderen Hafen der Ostsee, und sie bleiben trotz der letzten Erhöhung hinter den Danziger Gebühren noch immer so viel zurück, wie der Zloty hinter dem Danziger Gulden liegt.

Polen scheint mit knapper Not der Gefahr eines allgemeinen Streiks der Gruben- und Hüttenarbeiter zu entrinnen. Nachdem im Krakauer und Dombrowaer Revier vor zwei Wochen rund 40 000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten waren, schien es zunächst, als ob sich der Streik auch auf die Wojewodschaft Schlesien ausdehnen würde. Es ist in Ostoberschlesien jedoch nur zu Teilstreiks von örtlicher Bedeutung gekommen. Die ostoberschlesischen Bergarbeiter scheinen sich in ihrer Mehrzahl mit der Herabsetzung der Löhne um 8 v. H. abgefunden zu haben. In einer Vertreterversammlung der Belegschaftsräte der ostoberschlesischen Kohlenindustrie ist am 28. Februar eine Unterstützung des Streiks im Dombrowaer Revier durch die schlesischen Bergarbeiter mit Mehrheit abgelehnt worden: 25 Gruben haben sich gegen, 16 für den Streik erklärt. Seitdem so die erhoffte Unterstützung aus der Wojewodschaft ausbleibt, ist die Streiklust im Revier von Dombrowa im Sinken. Wenn es den Kommunisten, die für den schwarzen Streik (d. h. für die Einstellung auch der Notstandsarbeiten) agitieren, nicht noch gelingt, die starke Erregung der Arbeiterschaft zu benutzen, ist mit einem baldigen Abbruch des Streiks zu rechnen. Den ostoberschlesischen Bergarbeitern ist die Zusicherung gegeben worden, daß die 8 v. H. Lohnkürzung nicht den Unternehmern zugute kommen, sondern einem Kohlenexportfonds zugeführt werden sollen. Es ist freilich fraglich, ob diese und andere Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung des Kohlenexports dienen sollen, ihren Zweck erreichen werden.

Rund 100 000 Arbeitslose gibt es in Ostoberschlesien; nahezu 40 v. H. der Arbeiterschaft ist beschäftigungslos. Der Verdienst der noch beschäftigten Arbeiter ist durch Lohnherabsetzung und Feierschichten auf ein Minimum gesunken. Weiter stehen rund 30 000 Hütten- und Bergleute Ostoberschlesiens vor der Entlassung oder Beurlaubung, die unter den derzeitigen Verhältnissen kaum etwas anderes als Entlassung bedeutet. Von den 47 Bergwerken, die im ostoberschlesischen Revier noch im Betrieb sind, sollen nicht weniger als neun in nächster Zeit stillgelegt werden. In den letzten Wochen ist bereits die Genehmigung zur Stillegung folgender sechs Gruben beantragt worden: Kleophas mit 2333 Arbeitern (bereits geschlossen), Charlotte mit 2000 Mann, Alexander I. mit 830 Mann, Blücher mit 1700 Mann, Cäcilie mit 133 Mann, außerdem der Schwerinschacht. Dazu sind Anfang dieser Woche beim Demobilmachungskommissar noch Anträge auf die Genehmigung zur Stillegung dreier großer Bergwerke eingegangen: Wawel-Wolfgang in Ruda (2300 Mann Belegschaft), Gräfin-Laura-Grube in Chorzow (1480 Mann) und Florentinegrube in Hohenlinde (1385 Mann).

Die maßgebenden Kreise Polens scheinen sich allmählich damit abzufinden, daß die Industrie ihres Landes, vor allem Ostoberschlesiens, nicht in ihrem bisherigen Umfange erhalten werden kann. Seitdem sich die Auslandsmärkte in stetig zunehmendem Maße der Einfuhr polnischer Erzeugnisse verschließen, haben die Autarkiebestrebungen, die Versuche, sich nach Möglichkeit vom Weltmarkt zu lösen, in Polen die Oberhand gewonnen. Der Rückgang des Exports mußte, da die Aktivität der polnischen Zahlungsbilanz auf der Aktivität der Handelsbilanz beruht, also die Stabilität der Währung von dem Vorhandensein eines Ausfuhrüberschusses abhängt, notwendigerweise eine starke Drosselung der Einfuhr zur Folge haben; die durch Zollerhöhungen und Verbote hervorgerufene Erschwerung der Einfuhr ausländischer Waren hat in den von den polnischen Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogenen Ländern naturgemäß weitere entsprechende, gegen den polnischen Export gerichtete Maßnahmen zur Folge gehabt. Diese Entwicklung ist z. Z. noch in vollem Gange; sie zieht eine zunehmende Schrumpfung des polnischen Außenhandels nach sich. Denn mit der Einfuhr wird auch zugleich die Ausfuhr erschlagen. Bisher sind es zwei private Organisationen, die „Liga für wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit" und der „Verband zur Förderung der Inlandsproduktion", gewesen, die eine auf die Beschränkung der Einfuhr (und damit unbeabsichtigterweise auch auf die Verminderung der Ausfuhr) gerichtete Werbetätigkeit entfaltet haben. Nunmehr hat die unter Leitung des Warschauer Industrie- und Handelsministeriums aus diesen beiden Verbänden hervorgegangene „Gesellschaft zur Förderung der Inlandsproduktion" die Propagierung der wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen in die Hand genommen. Zunächst will die polnische Regierung, wie es in einer Verlautbarung des Handelsministeriums heißt, noch einmal versuchen, den Export durch die Bereitstellung großer Kredite bei den Staatsbanken, durch

Das dritte polnische Unterseeboot.

Die polnische Marine hat am 19. Februar auf der Kriegsmarinewerft in Cherbourg das auf polnische Rechnung gebaute Unterseeboot „Ibik" übernommen. Es ist dies die dritte Einheit der polnischen Unterseebootflottille, die in Frankreich auf polnische Rechnung gebaut wurde. Das Boot hat eine Wasserverdrängung von 980 To. und eine Schnelligkeit von 30 Knoten. Es ist mit zwei Geschützen, zehn Torpedos und 40 Minen ausgerüstet. Das vierte in Frankreich bestellte U-Boot „Burza" wird Anfang April in Dienst gestellt werden. Von der polnischen Presse wird übereinstimmend die Vergebung neuer Aufträge zur Ergänzung der polnischen Kriegsflotte gefordert, insbesondere soll der Kreuzer „Antwort an Treviranus" in Auftrag gegeben werden, für den in Polen große Geldbeträge gesammelt worden sind.

Herabsetzung der Eisenbahntarife und durch Steuererleichterungen zu heben oder wenigstens auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten; sie scheint sich von diesen Maßnahmen jedoch nicht allzu viel zu versprechen; denn in der Verlautbarung heißt es dann weiter: „Sollten diese Maßnahmen nicht zu einer Aufrechterhaltung des Aktivsaldos in der polnischen Handelsbilanz führen, dann wird die Regierung zu einer radikalen Änderung der Wirtschaftspolitik des Staates schreiten. Sie würde dann alle Handelsverträge kündigen, die Konventionszölle enthalten, und durch Einführung der schärfsten Reglementierung versuchen, jeden überflüssigen Import aus dem Auslande zu drosseln. Alle Mittel, die die Regierung gegenwärtig zur Hebung der Ausfuhr anwendet, würden dann zur Ausweitung des Binnenmarktes dienen."

Die polnische Wirtschaftspolitik steuert einer Entwicklung zu, die sich von derjenigen der Bolschewisten nicht mehr viel unterscheidet: Schleuderpreise für Exportgüter, Außenhandelsmonopol, Warenaustausch auf der Grundlage des Kompensationsgeschäftes. Was unter solchen Umständen aus dem ostoberschlesischen Industrierevier und was aus Gdingen werden soll — das läßt sich heute noch nicht ermessen. Mit einiger Sicherheit läßt sich jedoch voraussehen, daß sich bei einem Sieg des Autarkiegedankens der Hafen von Gdingen als eine verfehlte Kapitalanlage, als ein politischer Luxus herausstellen und daß sich die ostoberschlesische Industrie vor die Notwendigkeit noch weiterer ganz erheblicher Betriebseinschränkungen gestellt sehen wird. Denn der Hafen von Gdingen war für ein Polen mit stetig steigender Ausfuhr berechnet; und Ostoberschlesien wird neben dem galizischen und kongreßpolnischen Revier als Produktionsgebiet für Polen nahezu entbehrlich sein, wenn es sich nur noch um die Versorgung des Binnenmarktes und nicht mehr um die Ausfuhr handelt.

Neue Wirtschaftsverhandlungen mit Polen?

Das Reichskabinett hat am 29. Februar die Einführung eines Maximaltarifs beschlossen, durch den die Zölle gegenüber denjenigen Staaten ganz erheblich heraufgesetzt werden, mit denen Deutschland keine Handelsverträge besitzt. Von dieser Maßnahme fühlt sich neben der Schweiz und Kanada in erster Linie Polen getroffen. Die polnische Regierung hat ihren Berliner Gesandten mit der Vorbereitung von Verhandlungen über die Umgestaltung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen beauftragt. Die deutschen Maßnahmen scheinen insofern also zu dem gewünschten Erfolg, Polen zum Einlenken zu zwingen, geführt zu haben. Polen hat bekanntlich, als es zu Jahresbeginn seine Einfuhrverbote in Kraft setzte, Deutschland die Zusicherung gegeben, daß es die in Aussicht genommenen Einfuhrkontingente Deutschland gegenüber entgegenkommend handhaben werde. Bisher hat es keine Anstalten getroffen, diese Zusicherung in die Tat umzusetzen. Unter dem Eindruck der deutschen Gegenmaßnahmen scheint es sich nun doch an sein seinerzeitiges Versprechen zu erinnern, um von Deutschland als Gegenleistung die Nichtanwendung des Maximaltarifes auf polnische Güter zu verlangen. Es wird also wohl zu neuen Wirtschaftsverhandlungen mit Polen kommen. Man darf sich davon nicht allzu viel versprechen. Denn sowohl die allgemeine Tendenz der wirtschaftlichen Selbstversorgung, die sich in der polnischen Handelspolitik durchgesetzt hat, wie auch insbesondere die grundsätzlich abwehrende Haltung der polnischen Wirtschaftspolitik gegen die deutsche Einfuhr, bieten keinen günstigen Boden für neue Verhandlungen. Bei diesen kann es sich nur um Besprechungen über den deutschen Maximaltarif und die polnischen Einfuhrkontingente handeln. Eine Neuerörterung des Rauscher-Vertrages kommt nicht in Frage. Der Vertrag ist tot.

Polnische Schulpolitik.

Das polnische Schulreformgesetz, über dessen für die deutsche Minderheit äußerst gefährliche Bestimmungen wir im letzten „Ostland" berichteten, ist inzwischen vom Warschauer Sejm verabschiedet worden. Es wurde nicht allein von den nationalen Minderheiten, deren Privatschulsystem völlig der Willkür der polnischen Verwaltungsbehörden ausgeliefert wird, sondern auch von den polnischen Oppositionsparteien bekämpft. Mit besonderem Nachdruck hat sich von den polnischen Parlamentsgruppen die sozialistische Partei gegen die im Reformgesetz durchgeführte Neuregelung des Privatschulwesens ausgesprochen. Der Sprecher dieser Partei führte u. a. aus, daß die Privatschule zu einem Werkzeug im Dienste einer Partei gemacht werde. Um die Tragweite dieses Schrittes zu begreifen, müsse man sich vergegenwärtigen, daß das private Schulwesen in Polen zwei Drittel der Mittelschulen und drei Viertel der Fachschulen umfasse. Was die Pflicht der Loyalität der als Rechtsträger der einzelnen Schulen in Frage kommenden Einzelpersonen anbelange, so werde die Polizei es sein, die Zeugnisse über diese Loyalität ausstellen werde. Es handle sich hier um ein parteiisches, durch und durch polizeiliches und auf die Vernichtung des privaten Schulwesens abzielendes Gesetz. Die ukrainische Abgeordnete Rudnicka erklärte, die ukrainische private Schule sei durch das Gesetz vom Untergange bedroht; das Gesetz wolle die Minderheiten des Rechtes berauben, ihre Kinder nach ihrem Gewissen zu erziehen. Wie schon der nationaldemokratische Abgeordnete Stronski, der im übrigen ein notorischer Feind der Minderheiten ist, festgestellt habe, stehe das Gesetz mit der Verfassung und den internaionalen Verpflichtungen im Widerstreit. Ob die Regierungskreise oder die Minderheiten, die im Gesetz eine Verletzung des Minderheitenschulrechts sehen, im Rechte seien, darüber werde Genf entscheiden.

Wie sich das Gesetz, das die bestehenden Bestimmungen zuungunsten der nationalen Minderheiten noch ganz erheblich verschärft, in der Praxis nicht nur in Einzelfällen, sondern allgemein auswirken wird, das zeigt das Beispiel des deutschen Privatgymnasiums in Dirschau, dessen Schließung noch in die Zeit vor dem neuen verschärften Schulgesetz fällt: Der deutsche Sejmabgeordnete Graebe hat, wie bereits gemeldet, beim Völkerbund eine Zusatzbeschwerde zu der in Genf bereits schwebenden Schulbeschwerde der deutschen Minderheit eingebracht. Diese Zusatzbeschwerde befaßt sich mit der Schließung des deutschen Privatgymnasiums in Dirschau. Seit mehr als sieben Monaten ist diese deutsche Schule geschlossen und sind ihre Schüler buchstäblich auf die Straße gesetzt, beziehungsweise jeder Unterrichtsmöglichkeit beraubt. Die Art aber, wie sich die polnische Schulbehörde und die Regierung in Warschau dabei verhielten, ist so typisch, daß sie näher beleuchtet werden muß. In schroffem Widerspruch zu den Grundforderungen des Minderheitenrechtes werden in Polen nur einzelne Personen als Rechtsträger einer Schulkonzession zugelassen. Der frühere Konzessionsinhaber für das Dirschauer Gymnasium sah sich aus persönlichen Gründen nicht mehr in der Lage, sein Amt weiter auszuüben. Innerhalb der gestellten Fristen reichte daher der vom deutschen Schulverein betraute Nachfolger den Antrag ein, die Konzession auf ihn zu übertragen, und auf polnisches Verlangen wurde auch die formale Verzichterklärung des bisherigen Inhabers beigebracht. Nun aber erklärte die Schulbehörde plötzlich, auf Grund dieses Verzichts sei die Konzession erloschen, und verfügte die Schließung der Schule, zugleich die Proteste dahin beantwortend, man werde die neue Konzession nicht verweigern, sofern ein „loyalerer Vorstand" gewählt würde. Der alte Vorstand trat zurück, ein neuer wurde gewählt, aber die Polen dachten nicht daran, ihre Versprechungen zu erfüllen. Das Gymnasium blieb geschlossen, so daß die verzweifelten Eltern schließlich unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung ihrer Forderung auf Neueröffnung ihres Gymnasiums, den Antrag stellten, wenigstens die Errichtung einer siebenklassigen Volksschule zu genehmigen. Dies die Lage, und das die Folgerungen: Der Minderheitenschutzvertrag bestimmt ausdrücklich, daß die Bestimmung des Schultyps bei jeder privaten Schulgründung der Minderheit obliegt, eine Bestimmung, die auch durch das vom Sejm jetzt angenommene neue Schulgesetz, das sich ja in erster Linie gegen das private Minderheitenschulwesen richten soll, nicht außer Kraft gesetzt werden kann. Eine Befriedung der minderheitenrechtlichen Verhältnisse kann nur eintreten, wenn der polnische Staat die Minderheit als solche als Rechtsträger ihres privaten Schulwesens anerkennt. Ohne diese bisher versagte Anerkennung sind der Willkür jeder einzelnen Unterbehörde und jedes einzelnen Funktionärs nach wie vor Tür und Tor geöffnet.

*

Die 150 deutschen Kinder, die in Dirschau den muttersprachlichen Unterricht verloren haben, sind nur ein Bruchteil der weit über 100 000 deutschen Kinder, für die in Polen keine deutsche Schule mehr zur Verfügung steht. Allein im Bezirk Thorn besuchen z. B. von 11 577 deutschen Volksschülern 7712 polnischsprachige Schulen. In Kongreßpolen sind 79 500 deutsche Kinder (das sind 96,4 v. H.!) in polnischen Schulen untergebracht. Von den etwa 180 000 deutschen Kindern auf dem gesamten Staatsgebiet Polens sind es mindestens zwei Drittel, denen die Möglichkeit, deutsche Schulen zu besuchen, genommen wurde. Diese Zahlen gelten für das vergangene Schuljahr. Im laufenden Schuljahr dürften die entsprechenden Angaben ein noch viel trauriges Bild von der Unterdrückung der Deutschen in Polen ergeben.

*

Wie an anderen Orten der abgetretenen Gebiete, so hat man jetzt auch in Graudenz allen deutschen Kindern, die polnisch klingende Namen tragen, die Aufforderung zugehen lassen, in der polnischen Schule zu erscheinen. Die Eltern wurden aufgefordert, nachzuweisen, daß sie deutscher Herkunft seien. Der Nachweis wird so schwer gemacht, daß er kaum geführt werden kann. Man geht nicht wählerisch dabei vor und scheut nicht davor zurück, auch deutsche Namen zu polonisieren und diese deutschen Kinder dann als Polen anzusprechen. So wurde der 13jährige Enkel Felske der Witwe Giese plötzlich Felski genannt und der polnischen Schule zugewiesen. Es kostete große Mühe, das Deutschtum des Kindes nachzuweisen. Es werden für deutsche Waisen oder Halbwaisen grundsätzlich polnische Vormünder ernannt, die aus der Zahlung der Waisenrente durch die Kommunen das Recht herleiten, Nationalität und Religionsbekenntnis der Waisenkinder zu bestimmen. Sämtliche in Anstalten untergebrachten deutschen Waisenkinder werden als Polen in deutschfeindlichem Sinne erzogen.

Neue polnische Hetzreden in Danzig.

Die Hetzreden gegen Danzig und Deutschland, die kürzlich bei der Zehnjahresfeier der polnischen Studentenvereinigung gehalten worden waren, haben jetzt bei einer „Feier der 12jährigen Vermählung Polens mit dem Meere“, die an Bord des auf der Danziger Werft liegenden polnischen Dampfers „Kosciuszko“ unter Beteiligung zahlreicher offizieller Persönlichkeiten Polens stattfand, ihre Fortsetzung gefunden. Zum Teil waren wieder dieselben Persönlichkeiten anwesend, die sich bei der Feier der „Bratnia Pomoc“ durch ihre Reden „hervorgetan“ hatten. Die Veranstaltung war offenbar als polnische Antwort auf die beiden Protestnoten des Danziger Senates gedacht. An der Feier nahmen u. a. wieder teil der Legationsrat Lalicki von der Polenvertretung in Danzig, der Vorsitzende und Abgeordnete der polnischen Minderheit in Danzig Czarnecki, der Vorsitzende des Hauptvorstandes der polnischen See- und Kolonialliga, General Orlicz-Dreszer (Drescherl) aus Warschau, als der Danziger Vorsitzende dieser Liga der verabschiedete Präsident der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig, v. Czarnowski, der im Ruhestand in Zoppot-Hochwasser lebt. Als Redner traten vor allem auf der General Dreszer, der als Nachfolger Raczynskis auf dem Posener Wojewodenposten genannt wird, und der polnische Abgeordnete des Danziger Volkstages, Czarnecki.

General Dreszer „rechnete es sich zur Ehre an“, vor den Danziger Polen sprechen zu dürfen „an diesem für Polen heiligen Orte“, an Bord des Dampfers, mit dem seinerzeit die Gebeine Kosciuszkos überführt worden seien. Er selbst sei mit diesem Dampfer nach Amerika gefahren und habe sich wohlgefühlt, weil er keine fremden Schiffe benutzen und keine fremden Gesichter schauen brauchte. Er fühlte sich bis kurz vor Einlaufen in den Hafen von Neuyork wie in Polen! Er wollte die polnische Emigration in Amerika aufrütteln, damit sie nicht aufhöre, für das Vaterland zu arbeiten. Großen wirtschaftlichen Nutzen habe Polen von seiner Emigration in Amerika nicht. Die Handelsbilanz mit Amerika sei passiv und für Polen am empfindlichsten. Während der englische Auswanderer für etwa 30 Dollar Waren englischen Ursprungs kaufe und somit seinem Vaterlande helfe, kaufe der Pole kaum für 5 Cent Waren polnischen Ursprungs. Wenn jeder Pole nur für 6 Dollar jährlich polnische Ware kaufen würde, wäre die Handelsbilanz mit Amerika aktiv. Polen könne seine Emigration nur politisch auswerten. In Chikago habe er einen Verein gegründet, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, Pommerellen und die übrigen geraubten Gebiete zu verteidigen gegen jegliche Gelüste Deutschlands. Von diesem Verein beginne man bereits zu hören. Durch geschickte und beharrliche Propaganda werde die Welt aufgeklärt, daß Pommerellen ganz polnisch sei und Deutschland keinen Anspruch darauf weder besessen habe, noch heute besitze. (!) Im Verein mit Warschau werde für Polen sehr wertvolles Propagandamaterial angefertigt und in fast allen Teilen der Welt und in fast allen Sprachen verteilt. Die ganze Welt müsse es endlich wissen, welche Teile Europas polnisch (!) seien und von polnischen Patrioten bewohnt werden. Der polnische General appellierte dann an seine Zuhörer: „Ihr bewohnt diese Lungen Polens, ohne die wir nicht atmen können. Dieser viel zu kleine Küstenstrich (!!) ist uns besonders wertvoll, er gibt uns mehr als etwa 5000 Kilometer Landgrenze. Ihr seht ja, mit welchem Aufwand an Energie und Geld Gdingen erbaut worden ist. Gerade Gdingen ist und bleibt der Ausgangspunkt unserer Seepolitik. Vorläufig wenigstens nur Gdingen allein. (!!) Dort haben wir eine durch nichts gehemmte Arbeit vor uns, wie wir sie in dem zweiten polnischen Hafen, Danzig, (!!) noch nicht haben. Nur so viel möchte ich sagen, daß die Danziger polnische Bevölkerung eine wichtige Figur im Schachspiel der polnischen See- und Kolonialpolitik (!!) ist und werden wird.

In wüstesten Haßausbrüchen gegen Danzig erging sich einer der beiden polnischen Abgeordneten zum Danziger Volkstage, Czarnecki, und zwar in so aufreizender und zur Gewalt gegen Danzig so auffordernder Art, daß er deswegen zur Verantwortung gezogen werden müßte. Obwohl die polnische Minderheit in Danzig nur 3 bis 4 v. H. der gesamten Bevölkerung betrage, meinte Czarnecki, gäbe es noch mehr Polen, als es die Danziger Deutschen für wahr haben möchten. (?) Er wagte es dann, als Danziger Staatsbürger in folgender Weise gegen die Interessen der Freien Stadt zu hetzen: Die Danziger Polen seien sich voll und ganz bewußt, welche Bedeutung und welche Rolle sie in der Frage der Seepolitik für Polen spielen. Sie wissen es, daß ganz Polen Großes von ihnen erwarte. Sie seien bereit, Großes zu leisten! Dieses allen Polen so heilige Land als Seewache sei zu hüten, bis die „Stunde der Freiheit“ schlägt. Ohne fremde Hilfe habe Polen 150 Jahre auf die Freiheit gewartet, jetzt da ein so mächtiges Polen hinter der polnischen Minderheit in Danzig stehe, könne es nicht mehr lange dauern. Schritt für Schritt marschieren die Polen in Danzig weiter und lassen sich durch keine Drohungen von ihrem Ziele abbringen. Es werde eine Zeit geben — und diese sei nicht fern — da werde es keine Danziger Angelegenheiten in Genf mehr geben. Das Hitlertum sei eine Pest und ein Brandherd für ganz Europa, und Gottes Segen treffe das Volk (!!), welches diesen Brandherd beseitigen werde. Deutschland habe nichts mehr zu verlieren, während die anderen Staaten durch diese Pest um die Früchte ihrer langen Friedensarbeit gebracht werden. Die Polen in Danzig seien das gehorsame Werkzeug des polnischen Staates und wünschen nichts sehnlicher, als daß sie die Probe ihrer Tüchtigkeit bald ablegen könnten zum Wohle des Vaterlandes! — Jetzt hat der Danziger Staatsanwalt das Wort.

„Zurück zu den 14 Punkten“.

Graf Coudenhove-Kalergi kündigte in einer Aussprache mit Vertretern der auswärtigen Presse in Wien einen neuen Feldzug der Paneuropäischen Union an unter der von ihm zur Jahreswende ausgegebenen Parole: „Zurück zu den vierzehn Punkten Wilsons: Revision der Friedensverträge!“ Nur auf diesem Wege sei eine fortschreitende Versöhnung Deutschlands und Frankreichs erreichbar. Deutschland habe zwei Friedensabkommen mit den Alliierten geschlossen; das erste durch Vermittlung Wilsons 1918, das zweite unter Vorsitz Clemenceaus 1920. Der Wilsonfrieden, der zum Waffenstillstand führte, war ein auf Gleichberechtigung gegründeter Verständigungsfrieden, der von sämtlichen Alliierten, einschließlich der Vereinigten Staaten, angenommen wurde; der zweite ein Gewaltfrieden. Der Wilsonfrieden bestimme die natürlichen Grenzen der Vertragsrevision. Darum müssen die Revisionsdebatten sich streng auf diejenigen Bedingungen des Versailler Vertrages beschränken, die nach deutscher Auffassung im Widerspruch zu den vierzehn Punkten stehen. Alles müsse aus dem Versailler Diktate verschwinden, was dem Prinzip der Gleichberechtigung Deutschlands zuwiderlaufe und darum geeignet sei, die öffentliche Meinung Deutschlands gegen seine Nachbarn dauernd zu vergiften. Die Versöhnung Deutschlands durch die Revision von Versailles sei eine unumgängliche Vorbedingung jeder europäischen Zusammenarbeit, weshalb die Revisionsdebatte sich nicht zugleich auch auf St. Germain, Trianon und Neuilly erstrecken kann. Die günstigste Gelegenheit für diese Debatten werde die geplante Konferenz von Lausanne bieten.

Zum Studium des deutschen Ostens weilt eine aus zehn Mitgliedern bestehende japanische Kommission in Königsberg, in der Politiker, Wirtschaftler und Vertreter des Schrifttums vertreten sind. Ihr Führer, der Universitätsprofessor Dr. Momo, gab in einer Unterredung mit Königsberger Pressevertretern der Empörung über die Ungerechtigkeit des Korridors Ausdruck. „Ich bin“, so erklärte er, „von meinen Landsleuten ermächtigt worden zu erklären, daß wir diese Grenzziehung als unsinnig betrachten. Eine derart unmögliche Lösung haben wir in der Welt noch nicht erlebt. Der Korridor ist für Deutschland wirtschaftlich unmöglich, er ist aber auch für Polen kein glücklicher Zustand. Der Völkerbund hat die Dinge in ungenügender Kenntnis vom grünen Tisch aus geregelt, und er hat hier nicht gerecht gehandelt. Allgemein sind die Japaner der Ansicht, daß das Korridorproblem gelöst werden muß, indem die unglückliche Grenzziehung berichtigt wird.“ Diese Erklärung wird der polnischen Begeisterung für Japan einen kleinen Dämpfer aufsetzen.

Senator Borah, einer der stärksten amerikanischen Gegner des Versailler Diktates, erklärte einem Vertreter des „Presbyterian Magazine“: „Der Vertrag muß umgearbeitet werden. Das muß entweder auf friedliche Weise geschehen oder erzwungen werden. Die einzige Hoffnung, Frankreich zu einer Änderung seiner Haltung gegenüber dem Vertrag zu bestimmen, beruht auf der wirtschaftlichen Lage.“

Die Grenzfrage tauchte schon vor einiger Zeit wieder in den Erörterungen der amerikanischen Presse auf. Die „Sun“ brachte einen Artikel des franzosenfreundlichen Senators Lewis, in dem ausgeführt wurde, daß die Korridorfrage Frankreich die unerhörten Chancen eines endlichen und dauerhaften Ausgleichs mit Deutschland gebe. Hierauf die französischen Regierungsmänner immer von neuem hinzuweisen, sei die Aufgabe der nordamerikanischen Diplomatie. Der „Sun“-Artikel schließt mit den Worten: Die Rückgabe des Korridors an Deutschland ist heute für die politische Weltmeinung selbstverständlich. Aber nur Frankreich ist in der Lage, Polen hierfür reif zu machen und damit Deutschland zum Freund zu gewinnen.

Deutschland braucht den Korridor, um zu leben.
Polen braucht ihn, um zu herrschen.
Deutschlands Leben ist eine Notwendigkeit.
Polens Herrschaft ist eine Gefahr für Europa.

Tretet ein in den Deutschen Ostbund!

Von der Osthilfe.

Neue Ausdehnung des Osthilfegesetzes.

Nachdem Bayerns Wunsch, das Osthilfegesetz auch für die bayerischen Grenzkreise in Anwendung zu bringen, vom Reich erfüllt ist, hat sich auch Sachsen als Anteilnehmer an der Osthilfe beim Reich gemeldet. Sachsen wünscht die Mittel der Osthilfe für eine Reihe bestimmter notleidender Grenzbezirke. Noch steht die Entscheidung der Reichsinstanzen aus. Aber die immer größere Hereinnahme von Ländergebieten in den Bereich der Osthilfe bedeutet eine ganz erhebliche Beschränkung der Mittel der Osthilfe für denjenigen Landstrich, dem die Osthilfe ausschließlich helfen sollte: für den deutschen Osten!

Die Gewährung der Düngemittel- und Saatgutkredite.

Die Landstelle der Osthilfe teilt mit: Für die Gewährung der Düngemittel- und Saatgutkredite an sicherungsgeschützte landwirtschaftliche Betriebe ist folgende Regelung ergangen, auf die von der Landstelle besonders hingewiesen wird: Während des Bestehens des Sicherungsschutzes sind die Forderungen der Gläubiger solcher Kredite nach § 16 der Sicherungsverordnung vom 17. November 1931 aus den Einnahmen der nächsten Ernte vorzugsweise zu begleichen. Ist bei der Durchführung des Entschuldungsverfahrens die Rückzahlung noch nicht erfolgt, so werden die Forderungen bei der Entschuldung selbst in voller Höhe berücksichtigt. Wird das Sicherungsverfahren ohne Durchführung des Entschuldungsverfahrens aufgehoben, so gewährt die Notverordnung vom 19. Februar 1932 den Gläubigern einmal ein gesetzliches Pfandrecht an den Früchten im Rahmen der §§ 1—4 der Verordnung vom 23. Januar 1932. Weiterhin genießen die Ansprüche aus Düngemittel-, Saatgut- und Futtermittellieferungen, die während des Sicherungsschutzes mit Zustimmung des Treuhänders beschafft sind, den in § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Zwangsversteigerungsgesetzes bezeichneten Rang. Das gleiche gilt von Krediten, die zur Bezahunlg dieser Lieferungen in der für derartige Geschäfte üblichen Weise aufgenommen sind. Voraussetzung für den Vorrang nach § 10 Ziffer 1 des Zwangsversteigerungsgesetzes ist aber, daß die Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung innerhalb von drei Monaten nach der Aufhebung des Sicherungsverfahrens beantragt wird. Ist innerhalb dieser Frist lediglich die Zwangsverwaltung eingeleitet, so erlischt das Vorrecht in der Zwangsversteigerung, wenn die Zwangsverwaltung nicht bis zum Zuschlag fortdauert. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß für Forderungen aus Düngemittellieferungen an sicherungsgeschützte Betriebe nach § 6 der Verordnung vom 23. Januar 1932 eine Reichsgarantie nach Maßgabe der allgemeinen vertraglichen Garantiebedingungen der Düngemittelsyndikate und der übrigen in die Garantie einbezogenen Düngerlieferanten besteht. Wird von der Landstelle bescheinigt, daß diese Forderungen aus den Erträgnissen der Ernte oder den verfügbaren Mitteln des Betriebes nicht erfüllt werden können, so können die Gläubiger auf Grund der abgeänderten Garantiebedingungen der Düngemittelsyndikate ohne weiteren Versuch der Beitreibung einen Ausfall anmelden. Hiernach ist der den Saatgut- und Düngemittellieferanten gewährte Schutz so stark, daß in Zukunft wohl irgendwelche Bedenken, auch den unter Sicherungsschutz stehenden Betrieben einen Kredit einzuräumen, nicht mehr bestehen dürften.

Kulturbauämter sollen vorläufig erhalten bleiben.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am 29. 2. mit Anträgen der Rechtsparteien, die sich gegen die Aufhebung der preußischen Kulturbauämter wandten. In Erledigung dieser Anträge nahm der Ausschuß einen Antrag an, in dem das Staatsministerium ersucht wird, den § 14 der Sparverordnung vom 23. 12. 1931 (Auflösung der Kulturbauämter) nicht eher durchzuführen, als bis der Landtag die Möglichkeit gehabt hat, zu den Plänen der Staatsregierung auf Übertragung der Aufgaben der Kulturbauämter an andere Behörden Stellung zu nehmen.

Entlassungsantrag gegen Studienrat Werner.

Die deutschnationale Fraktion im Berliner Stadtgemeindeausschuß hat folgenden Antrag gestellt: „Nachdem das Landgericht I die Beschwerde des Studienrates Werner vom Abend-Gymnasium in Charlottenburg in der Privatklagesache Werner gegen Konrektor Paetzold und Genossen, in welcher der gegen Werner erhobene Vorwurf des Hochverrats behandelt wird, kostenpflichtig zurückgewiesen hat, beantragen wir zu beschließen: Der Oberbürgermeister wird ersucht, sofort beim Provinzialschulkollegium dahin vorstellig zu werden, daß der Studienrat Werner im Interesse des Ansehens unserer Stadt alsbald aus städtischen Diensten entfernt wird."

*

Im Nachfolgenden geben wir Herrn Konrektor Paetzold zu einigen durch die Berichtigungen des Herrn Studienrats Werner veranlaßten Feststellungen zur Neutomischel-Angelegenheit Raum: „Die im Jahre 1920 gegen Herrn Studienrat Werner eingeleitete DiszIplinaruntersuchung mußte für diesen zu einem günstigen Ergebnis führen, weil die Belastungszeugen damals noch in dem inzwischen zu Polen gekommenen Neutomischel wohnten oder ihr Aufenthalt unbekannt war. Dagegen waren zwei Entlastungszeugen vorhanden: Bürgermeister Franke und Feldwebel Hannemann. Der erste ist Werners Schwiegervater; der letztere war der Begleiter des damaligen Leutnants Werner zum Polenführer Lonski. Daß Herr Werner mit dem Grafen Lonski in Verbindung gestanden hat, geht u. a. aus dem Bericht dieses Polenführers selbst hervor, der in einem 1919 erschienenen Buche von Karl Rzepecki veröffentlicht wurde; dort berichtet Graf Lonski: „... Werner kam zu mir nach Posadowo und wir trafen das Abkommen, daß ich vier Fünftel des Kreises Neutomischel, Werner ein Fünftel behalten sollte ..."

Aus den Kriegsgerichtsakten geht weiter hervor, daß sich Herr Werner noch am 2. Januar 1919 dem Herrn Landrat Rißmann gegenüber ganz entschieden gegen die Aufstellung eines Grenzschutzes ausgesprochen hat und daß dem zur Organisierung eines Grenzschutzes nach Neutomischel entsandten Leutnant Kulcke an diesem Tage auf dem dortigen Bezickskommando, dessen Adjutanten Werner und Anderson waren, gesagt wurde: „Wir fordern Sie auf, schleunigst nach Bentschen zurückzukehren, widrigenfalls wir Sie als Aufrührer verhaften müßten." Herr Werner hat erst einige Zeit nach dem Einzug der Polen Neutomischel verlassen; er betrat öfters die polnischen Amtszimmer, in denen über Internierungen und Verhaftungen beraten wurde.

Die vorgesetzte Behörde des Herrn Studienrat Werner hat wohl im Juli 1930 die Angelegenheit für erledigt erklärt; doch hat Herr Stadtschulrat Nydahl im Oktober 1931 erklärt, daß sich die Behörde noch einmal mit der Angelegenheit befassen werde, nachdem sich das Gericht eingehender damit beschäftigt habe."

Weiter schreibt uns Herr Konrektor Paetzold: „Weder ich noch mein Sohn haben an Herrn Studienrat Werner jemals Drohbriefe geschickt, weder mit eigener noch mit fingierter Unterschrift, noch haben wir jemals solche Drohbriefe veranlaßt. Jedoch habe ich das Manuskript meiner Broschüre „Wie Neutomischel polnisch wurde" vor der Drucklegung der ersten Auflage unter meinem Namen Herrn Werner zugehen lassen mit der Aufforderung, gegen etwaige Unwahrheiten Stellung zu nehmen. Herr Werner hat in seiner Antwort die Darstellungen der Broschüre zwar als rachsüchtige Verleumdungen bezeichnet, aber, als die Broschüre trotzdem veröffentlicht wurde, keine Klage gegen mich als ihren Verfasser erhoben. Als ich dann vor Drucklegung der zweiten Auflage das Manuskript Herrn Werner viermal durch Mittelspersonen zustellte, lehnte dieser überhaupt das Lesen des Manuskriptes ab und schwieg. Er schwieg auch auf die vielen Angriffe, die dann auf Grund der Broschüre in der Presse gegen ihn gerichtet wurden. Erst Anfang v. J., als ich schwer leidend war, ließ Herr Werner von sich hören."

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Neue Ostsiedlungspläne.

Am 29. Februar fand in Berlin eine Zusammenkunft der Gesellschaft der Inneren Kolonisation statt, die sich mit dem Siedlungsproblem beschäftigte. An ihr nahm auch Bundespräsident Geh.-Rat Schmid vom Deutschen Ostbund teil. Zur Förderung der Siedlung stellten Vertreter von Politik, Wissenschaft und Siedlungspraxis u. a. folgendes heraus: Die zurzeit auf dem Lande, hauptsächlich im Osten sich befindenden Menschen müssen durch die Siedlung festgehalten und an der Abwanderung verhindert werden. Das gilt in erster Linie für die Landarbeiter, die stets ausgezeichnete Siedler gewesen sind. Als Siedler kommen ferner in Betracht die Kinder der ostdeutschen Kleinbauern, die nicht an die Bewirtschaftung der väterlichen Scholle gelangen. Weiter müssen die Kleinbauern und deren Kinder aus den überfüllten Gebieten des Westens und Südens angesiedelt werden. Die Förderung dieser Siedlung bringt auch staatspolitisch die aktive Teilnahme dieser Gebiete mit sich, die bisher der Siedlung lediglich zuschauend gegenüberstanden. Weiter bringt sie die wertvollen kulturellen Eigenschaften anderer Stämme unseres Volkes nach dem Osten und schafft durch Mischung der Stämme kulturelle Bereicherung, wirtschaftliche Verbindung und, was für die Landwirtschaft so bedeutungsvoll ist, die Besserung in den Methoden des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Aus den Städten müssen die erst vor kurzer Zeit abgewanderten Elemente, die noch in innerer Verbundenheit mit der Scholle stehen und das landwirtschaftliche Handwerk beherrschen, auf das Land herausgenommen und dort wieder mit dem deutschen Boden verbunden werden. Hier spielt namentlich die nebenberufliche Siedlung eine große Rolle.

Angesichts der Finanzlage versteht sich von selbst, daß jede Siedlung so einfach und sparsam gemacht, so sehr wie möglich beschleunigt und von allen hemmenden Vorschriften befreit werden muß, als es möglich ist. Der Mensch muß wieder in den Besiedelungsvorgang eingereiht werden, also an seiner Siedlung mitarbeiten, um sie sich zu verdienen.

Der junge Ostmärker



1932 **Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend.** 2. Folge
Mitteilungsblatt der Jungscharen im Deutschen Ostbund.

Unser Wimpel.

Uns flattert voran im Winde
der Wimpel am schlanken Speer.
So wehte er einst als Zeichen
voran Florian Geyers Heer.

Wenn wir auf Fahrt ziehen mit Klampfenklang und Burschensang, dann ist unser ständiger Begleiter der Wimpel am Speer, das Feldzeichen der Schar, der treue Begleiter in Freud und in Leid, bei Kampf und bei Spiel. Was ist unser Wimpel? Habt ihr darüber schon einmal nachgedacht? Habt ihr erkannt, daß der Gruppenwimpel eine Verpflichtung für jeden bedeutet, daß er mehr ist als eine Vereinsfahne, die im Paradeschritt durch verräucherte Wirtshaussäle geführt wird, um einem vergnügungssüchtigen und alkoholisierten Publikum als Bühnendekoration zu dienen? Glaubt ihr, daß einer von denen, die vom Biertisch aus euren Wimpel sehen, in ihm mehr sieht, als ein Stück Tuch an einer Stange? Glaubt ihr, daß nur ein Bruchteil von diesen die Idee zu erfassen mag, die für uns unlösbar mit dem Wimpel verbunden ist, verbunden sein muß?

Und doch: Es ist schon so. Es gibt auch heute noch Gruppen der Ostlandjugend, die über den Biertischhorizont noch nicht hinaussehen können, die aus dem Wimpel eine Vereinsfahne machen, ja es ist vorgekommen, daß sie mit „Ehrenjungfrauen" und „Fahnenträger im Frack" auf einer Wirtshausbühne einen Wimpel geweiht haben, einen Wimpel, der kostbar und überladen gestickt war und der kein Kampfes- und Feldzeichen ist, das draußen in freier Heide im Sturme weht, sondern ein Dekorationsstück für die „Gute Stube", das nur bei „besonderen Gelegenheiten" ausgeführt wird mit schärpenbewehrten Fahnenbegleitern.



Die St. Cyriakuskirche in Gernrode.

In dieser Kirche liegt Markgraf Gero begraben und an dieser Stelle wird am Pfingstsonntag auf dem Reichstreffen unserer Jungscharen die Bekenntnisstunde für die Ostmark stattfinden, in der Dr. Franz Lüdtke spricht.

Sagt: Entspricht das kämpferischem Ostlandgeist, jugendlichem Schwunge? Entspricht das der Idee vom Wimpel? Ihr werdet mit mir sagen: Nein und niemals! Diese Antwort aber verpflichtet euch, neue Wege zu gehen, dort, wo es noch nicht geschehen ist, aus dem Wimpel das zu machen, was er sein soll und sein muß. Schafft euch einfache Wimpel, ohne kostbare Fransen und überladene Stickerei. Unser Ostmarkenkreuz, schwarz auf weißem Grunde auf der einen Seite, auf der anderen Seite ein Gruppenzeichen, ein Wappen, das euch etwas sagen kann, eine Rune, ein Kampfeszeichen, vielleicht die Siegrune, die Wolfsangel, das Sonnenrad. Es gibt der Zeichen so viele, ihr werdet gewiß das rechte finden.

Und wenn ihr den rechten Wimpel habt, dann entweiht ihn nicht im Bierlokal, sondern weiht ihn am Sonnenwendfeuer mit einem schönen Spruch, mit einem schlichten Wort, das Bestand hat. Laßt dabei pathetische Beteuerungen und Racheschwüre, denn das ist Strohfeuer, das verfliegt. Sprecht dann darüber, was der Wimpel sein soll, was ihn von der Vereinsfahne trennt, und dann betrachtet den Wimpel als heilige Verpflichtung. Ein Hundsfott, wer den Wimpel verläßt!

Wir jungen Ostmärker haben eine Aufgabe, eine große Aufgabe, die uns ein festes Ziel gibt. Wir dürfen dieses Ziel niemals aus dem Auge verlieren, wir müssen werben und kämpfen für die Idee, die uns zusammengeführt hat aus allen Kreisen und Schichten: Die Idee der Heimat. Unsere Aufgabe ist es, den Gedanken im ganzen Volke durchzusetzen und zu verankern: daß der Osten wieder deutsch werden muß, daß wir die Heimat wiederhaben wollen. Das geht auch ohne blutrünstige Kriegsdrohungen. Wenn es uns nicht gelingt, dem Ostgedanken Bahn zu brechen im Volke, dann haben wir kläglich versagt, dann tragen wir die Schuld. Wir haben nicht nur die Tradition der Heimat zu bewahren, wir haben zu kämpfen und zu werben. Dazu aber braucht man keinen Verein, sondern eine Kampftruppe, eine Gemeinschaft, die einsteht bis zum letzten Mann, die immer da ist, wenn man sie ruft. In diesem Kampfe muß uns unser Wimpel voran wehen. Er wird vielleicht verschlissen und zerfetzt aussehen in einigen Jahren, aber er zeugt dann dafür, daß wir nicht müßig waren, daß wir unsere Aufgabe erkannt haben und für sie eingetreten sind Mann für Mann.

„Her zu uns" rufen wir jedem zu, der mit uns kämpfen und werben, der unserem Wimpel folgen will, der sich aufgeben will für die große Idee, die unserem Volke wieder Freiheit bringen soll. Zum Teufel mag sich scheren, wem angebliches Ostmärkertum nur Vorwand für egoistische Ziele ist, für „Gemütlichkeit" in warmer Stube, wer die Ostlandjugend mit einem Skatklub verwechselt hat. „Wir sind jung, und das ist schön." Jugend verpflichtet! In 10 Wochen, zu Pfingsten, ist Reichsjugendtreffen. Es soll ein Tag kämpferischer Fähnlein werden. Und wenn wir dann durch die Stadt des Markgrafen Gero ziehen, dann sollen uns die Wimpel voranwehen, die Zeichen des Kampfes sind.

Alfred-Ingemar Berndt,
Berlin.

Das Abenteuer.

Ein Auszug aus dem Reiterroman von der Ostfront von K. B. v. Mechow.

Die Gegend, die der neue Tag sparsam erhellte, sie erschien ihnen bekannt. Sie hatten sie gestern schon einmal gesehen, und dort, gar nicht fern, lag die Weite des großen Gefechtes. Sie waren geritten, die ganze Nacht, und nicht von der Stelle gekommen! So war es oft, was scherte es sie! Es regnete, und sie ritten.

Sie sahen jetzt, wer fehlte auf den ledigen Gäulen. Sie sahen jetzt, daß an der Queue Georg Helmers das schöne Pferd Quinze an der Hand führte. Es zackelte mit krummem Hals, ging keinen Augenblick Schritt.

Sie hörten von Lux, daß er lebte. Tief und schwer hätte er geatmet unter seinem riesigen Kopfverband. Wer atmet, lebt! Wer hat etwas dagegen zu sagen! Werl! — Nein, niemand sagte etwas dagegen, niemand sagt, daß er keine Hoffnung mehr hat. Es gibt viele Arten zu leben, zu sterben. So und so. Und Lux wird leben.

So reden die, die dort immer noch leben und reiten. Ihr Mund redet Ja, ihre Gedanken sagen Nein. Der Mensch hat seinen Mund, um das, was er denkt, zu verbergen. Griesbart bekam eine Kugel durch den Hals und erstickte. Aber Lux wird leben!

Es ist Tag, und wir reiten immer noch ungestört? — Nun ja, wir haben dem Zaren gestern seine Schimmelbrigade zerballert, und heute haben wir frei! Es regnet, und wir haben frei. Wegen ungünstiger Witterung der Krieg auf den folgenden Tag verschoben. Haha? Man mag nicht lachen. Lux hätte gewiß, ritt er jetzt auf Quinze, die Marschkolonne herauf, diesen dummen Scherz gemacht. Und dann hätten wir gelacht!

Was ist mit Kestenberg? Man hört nichts von ihm als sein stilles „Halt", sein stilles „Anreiten". Kestenberg, was soll er tun? Er singt nicht gerade Frühlingslieder angesichts dieses regnenden Herbstes, wie es vielleicht Plön getan hätte. Er bleibt, der er ist: wacker und langweilig. Ihm fehlt das zündende Leben.

Plön, vor ihm aber noch Lux — sie waren unsere Führer, **sie waren Führer. Gut ist es, hinter Führern zu reiten im Abenteuer . . .**

Sie ritten um einen Hügel und sahen ein neues Stück Land. Nichts fesselte ihren Blick in dieser neuen Landschaft, nichts anderes als ein Erdhaufen aus frischem Sand. Gelb blieb der Sand auch im strömenden Regen. Seitwärts auf dem Hügel, hoch über ihrem Wege, war er zu einem Haufen geschichtet.

Der Kommandeur kam geritten, und der Doktor folgte ihm. Sie kamen dort von dem Hügel geritten. Des Arztes Gesicht war weiß über dem tiefschwarzen Bart. Etwas hilflos, wie immer, steuerte er seinen Fuchs, seine Augen griffen nicht nach den Menschen. Er schien in die weite Ferne zu blicken, nach den Dächern eines märkischen Dorfes Lugau.

Die beiden hielten und warteten auf die erste Schwadron. Sie sprachen mit Kestenberg ein Wort, und dieser gab es an die Tête weiter:

Erste Schwadron, dort oben ist euer Rittmeister begraben. Ja. Machte er Worte, dieser Kestenberg? Hielt er eine Ansprache, etwa so: dort ruht Rittmeister Freiherr von Gerien, Chef usw., gefallen am 29. September 1915 hier in der Wildnis, im Lande um Wilna, beim Orte Weißnichtwie, ein Reiter, ein Führer, ein Mensch! Sagte Kestenberg dies? Nein. Können uns nicht erinnern.

Ein Reiter, ein Mensch — ein Held? Nein, nein, gewiß nicht. Dies Wort ist nicht für unsere Sprache. Über dieses Wort spottete am allermeisten unser Lux, dieser Mensch, von Anfang nicht besser als alle. Aber eine Gnade lag über seinem Leben, ließ aus der Gärung am Ende eine Glorie steigen. Es war ihm vergönnt, sein Leben fertig zu leben — wenn er auch Lugau nicht wiedersah.

Ein Führer, ein Reiter, kurzerhand: Lux.

Nahm man sich Zeit, gab es einen Aufenthalt, eine Ehrung nach Sitte und Gewohnheit? Nein, können uns nicht erinnern. Die Schwadron blieb im Reiten, zog im Schritt fünfzig Meter entfernt am Grabe ihres Führers vorbei. Die Schwadron ist klein, viele ledigen Pferde gehen an der Hand. Die Reiter sind müde, aber sie straffen den Oberkörper, sie kneifen die Schulterblätter zusammen, sie drücken das Kinn gegen die Binde. Sie legen die Lanze nach Vorschrift auf Lende, die Spitze dicht neben dem rechten Pferdeohr. Die linke Faust steht in Nabelhöhe über dem Widerrist, und die Pferde ziehen sich zwischen Schenkel und Zügel zusammen, geben ihren steifen Hals her und gehen wie bei der Parade.

Die Reiter nehmen die Augen nach rechts. Ein gelber Haufen Sand beherrscht den Hügel.

Die Reiter wenden die Köpfe wieder nach vorn, sie schweigen und reiten ihren Weg, ihren Weg.

Sport in den Jungscharen.

Dieses Problem wird in Hinblick auf die sportlichen Wettkämpfe, die für unser 1. Reichstreffen in Gernrode geplant sind, für viele Jungscharen in nächster Zeit sehr akut werden. Es ist überaus erfreulich, daß unser Bund neben der ostpolitischen Schulung auch auf die körperliche Tüchtigkeit seiner J. S.-Mitglieder bedacht ist. Es darf nun aber natürlich nicht unsere Aufgabe sein, nur einzelne, gut veranlagte Jugendliche zu „kapern" und diese dann zu trainieren und zu „Kanonen" heranzubilden, sondern alle — auch die schwächlicheren — müssen herangezogen und in irgendeiner Form den Leibesübungen nahegebracht werden. Denn nicht auf die körperliche Tüchtigkeit einzelner, sondern auf die der großen Masse kommt es an. Sport zu treiben ist Pflicht gegen sich selbst und gegen das Vaterland. Niemand darf sich dieser Pflicht entziehen, am wenigsten wir, die wir im Kampfe stehen für ein Ziel, das höchste Qualitäten und den Einsatz ganzer Persönlichkeiten erfordert.

Für den Sportbetrieb in einer J. S. sind nun zunächst gewisse äußere Umstände maßgebend. Ich will hier von folgenden Voraussetzungen ausgehen, die ja wohl für die meisten J. S. zutreffen werden, nämlich: die Gruppe ist in ihrer Gesamtheit nicht einem Sportverein angeschlossen, ihr steht kein gutangelegter Sportplatz zur Verfügung, Sportgeräte sind nicht oder nur sehr wenige vorhanden.

Da also besondere Hilfsmittel für den Sportbetrieb fehlen, müssen wir uns eben den natürlichen Sportarten widmen, die ohne solche ausgeführt werden können. Wo nun könnten wir dies aber besser als in der freien Natur selbst tun? Folglich: „Hinaus in die Ferne ...", und schon sind wir beim Wandern, der Krone allen Sportes. Hier wirken Luft, Licht und Sonne ungehindert auf die leichtbekleideten Körper ein. Hier wird reine Luft bei rhythmischer Bewegung des ganzen Organismus eingeatmet und die inneren Organe, vor allem die Lungen werden gekräftigt. Der Körper wird abgehärtet und erträgt Wind, Sonne und Regen spielend. — Daß das Wandern auch geistige und sittliche Werte verschafft, sei nur nebenbei erwähnt. —

Auf kleinen Wanderungen, Fahrten und anläßlich von Ferien- und Zeltlagern bietet sich nun auch günstige Gelegenheit, die mannigfachsten weiteren Sportarten zu betreiben, deren Pflege im Häusermeer der Stadt oft unmöglich ist. Zunächst sei allen die Gymnastik warm empfohlen. Sie bildet nämlich die Grundlage aller körperlichen Betätigung. Eine Gruppe von Freiübungen, die planmäßig den Körper von Kopf bis Fuß durcharbeiten, sollte an keinem Tage (auch nicht zu Hause im Zimmer) fehlen! Partnerübungen, der Medizinball und wenn möglich mit Musikbegleitung können viel zur Belebung der Körperschulung beitragen.

Nähere Anleitungen hierfür wie auch für die weiterhin zu behandelnden Übungsgebiete kann ich wegen Raummangels nicht geben und verweise auf die entsprechende Fachliteratur.

Die Grundübung der eigentlichen Sportarten, die man allgemein mit dem Namen Leichtathletik bezeichnet, ist dann der Lauf. Überall, beim Sprung, beim Wurf, beim Stoß ist Laufen erforderlich. Kurze Schnelläufe und längere Geländeläufe, Wald- und Hindernisläufe verschaffen die nötige Schnelligkeit und Ausdauer. Allerdings muß gerade hier beim Lauf vor Überanstrengungen gewarnt werden. Der Sprung ist eine weitere wichtige natürliche Sportart. Besonders bei Querfeldeinläufen wird oft die Überwindung von plötzlich auftauchenden Hindernissen verlangt. Hoch-, Weit- und Hochweitsprünge können uns dazu verhelfen. Sie müssen also erarbeitet werden. Gräben, Hecken, Zäune u. a. bieten die schönsten Übungsgelegenheiten. Zur Leichtathletik gehören ferner noch die Würfe und Stoßarten. Schlagball-, Speer-, Schleuderball- und Baumstammwerfen einerseits und Kugel- oder Steinstoßen andererseits sind für uns zur Erprobung und Ausbildung unserer Kraft, Gelenkigkeit, Geschicklichkeit, Konzentration und Energie äußerst wertvoll. Nur sollten alle diese Übungen zum Zwecke gleichmäßiger Körperausbildung stets beiderseitig ausgeführt werden. Durch Einteilung der Übenden in zwei Parteien und durch „Vertreiben" spielen kann man nötigenfalls etwas Schwung und Kampfeseifer entfachen.

Ehe ich nun einige Spiele und Mannschaftskämpfe behandele, will ich noch einen besonders wertvollen Sportzweig empfehlen: das Schwimmen. Eigentlich sollte jeder Mensch diese Kunst beherrschen, nicht nur, damit er nicht ertrinkt, wenn er einmal ins Wasser fällt, sondern weil es überhaupt nichts Schöneres gibt, als den Körper im flüssigen Spiel der Glieder durch die kühlen Fluten gleiten zu lassen und die frische, reine Luft in sich einzusaugen. Keine Gelegenheit zum Baden sollte man ungenutzt vorübergehen lassen!

Zum Schluß noch etwas über die Mannschaftsspiele, die Kampfspiele: Fußball, Handball, Schlagball, Faustball und für die Jüngeren und die Mädchen Völkerball sind ja die beliebtesten und kommen auch für uns in Betracht. Wenn nun eine Jungschar nicht genug Spieler für zwei volle Mannschaften hat, so schadet das gar nichts, denn man kann alle diese Spiele auch sehr gut mit einer beliebig verringerten Spielerzahl — natürlich auch auf verkleinertem Spielfeld — ausführen. Der hohe Wert der Kampfspiele jedoch liegt nicht allein auf körperlichem, sondern vor allem auch auf geistig-sittlichem Gebiet. Das Gefühl der engen Zusammengehörigkeit, der Kameradschaftlichkeit und Ritterlichkeit dem Gegner gegenüber, das Unterordnen des eigenen Willens unter die gemeinsame Spielidee u. a. sind erzieherische Werte, die eine einzelne Sportart nie schaffen kann. Daher die Bedeutung der Mannschaftsspiele für den gesamten Sport.

Die bisherigen Ausführungen gelten für Jungen und Mädchen (natürlich in gemäßigterer Form). Weitere Sportarten kommen für unsere J. S., die keinem Turnverein angeschlossen sind, kaum in Frage, da diese teils zu kompliziert, meist aber wohl zu kostspielig sind wie z. B. Rudern, Tennis, Schießen u. a.

Für Pfingsten möchte ich noch vorschlagen, neben den Einzelwettkämpfen auch Mehrkämpfe, Staffeln, Mannschaftskämpfe — vielleicht Faustball und Völkerball — und Waldläufe auszutragen. Die Einteilung der J. S.-Mitglieder und die Wertung müßte natürlich nach einem bestimmten System, am besten nach dem der „Reichsjugendwettkämpfe" vorgenommen werden, denn wenn wir sportliche Wettkämpfe veranstalten, dann muß es schon in einer stilgerechten Form geschehen.

Paul Döhring, Hermsdorf.

Ostmärkers Grenzlandfahrt.

Der Morgen ist kühl, Wolken verdecken den Himmel. Eine Scheide hat sich zwischen uns und die lichte Unendlichkeit geschoben, hat unsere Welt verkleinert.

Abschiedsworte, Ermahnungen, alles ist vorbei. Leise surren die Räder. Das taufeuchte Gras netzt den roten Gummi der Reifen und färbt ihn dunkler.

Über uns ein stummer, hartnäckiger Kampf zwischen dem niederdrückenden Grau des Wolkenschleiers und der strahlenden, fröhlichen Helle der Sonne. Ein letztes Sichwehren der grauen Macht — dann hat das Schöne gesiegt. Auch in uns hat sich ein Kampf abgespielt. Ein seltsam beklemmendes Gefühl ist freudiger Erregung gewichen. Alles liegt ja vor uns, die Welt soll unser werden. Sorgen aus dem eintönigen Einerlei des Alltags gibt es nicht mehr. Wir sind freie Menschen, die ein guter Geist aus ihrer alltäglichen Umgebung in eine paradiesische Landschaft versetzt hat.

Wir treffen Bauernwagen, deren verschlafene Insassen unsere Grüße mit seltsam müden Handbewegungen erwidern. Kleine Dörfer mit bellenden Hunden und holprigem Straßenpflaster liegen hinter uns. Die ersten Pannen sind mit bewunderungswürdiger Seelenruhe beseitigt worden. Alle Hast ist abgetan. Aus uns sind wirklich innerhalb weniger Stunden andere Menschen geworden. Gleichmäßig surren die Räder.

Ein letztes Ankämpfen gegen die Bosheit der Landwege, noch ein Hindernis muß im Sturm genommen werden, und schon liegen alle lang. Jeder gibt ein behagliches Knurren von sich und wälzt seinen Körper auf die rasch ausgebreitete Decke, um sich dem süßen Nichtstun hinzugeben. Wie herrlich schmeckt jetzt das „Mittagessen". Kühles

Pumpenwasser dient als Tafelgetränk. Dann eine kurze Beratung. Jeder unterdrückt ein faules Gähnen, und schon werden die staubbedeckten Rappen wieder gesattelt. Verstohlen blickt so mancher bedauernd nach dem schattigen Lagerplatz zurück. Doch es geht weiter.

Die siegreiche Sonne hat den Höhepunkt ihrer Macht erreicht und zeigt sich tyrannisch. Aber sie muß doch von ihrem Throne weichen. Sie tut dies nur langsam, ihre noch immer ungebrochene Macht führt sie den in Ehrfurcht erstarrenden oder vielmehr zerfließenden Menschlein vor Augen. Ihr Abgang erinnert an den des Helden im klassischen Drama. Blutrot sinkt sie am Horizont in die Tiefe. Die Zuschauer sind gebannt und können ihre Augen nicht von dem Schauplatz wenden. Der Held ist tot, doch er wird sicher wieder in neuem Glanze auferstehen, um uns dann ein leuchtendes Beispiel von erhabener Heiligkeit zu geben.

Die erste Übernachtung in der Jugendherberge, einem Dachboden im Schulhause. Nach der anstrengenden Tagesfahrt ein Sichausstreckendürfen mit gelösten Gliedern.

Wieder scheint uns die Sonne. Sie lacht uns ins Gesicht. Und wir lachen auch, wir dürfen ja lachen, denn die Natur umfängt uns, nicht die engen Fesseln des Alltaglebens. Wir sind unermeßlich reich. Uns gehören die glitzernden Seen, die grünen Wälder, für uns singen alle die vielen Vögel.

Ostwärts führt unser Weg. Im Osten liegt unser Ziel: Die blutende Grenze. Ja, die Wunde blutet immer noch, obwohl sie dem Deutschen Reiche vor fast dreizehn Jahren geschlagen wurde. Sie ist nicht vernarbt, sie bricht immer wieder auf. Deutsches Land soll nicht mehr deutsch sein? Ist denn das möglich?

Vor uns versperrt ein schwarzweiß gestrichener Schlagbaum den Weg. Dann einige Schritte weiter ein weißroter Grenzpfahl: Republik Polen. Ist das polnisches Land? Sind das nicht deutsche Lupinen, dieses gelbe, von dunklen Kiefern umrandete Feld? Hart an ihm führt die Grenze entlang, die Grenze, die rachegierige Feinde uns gezogen. Drüben wohnen Deutsche, denen man ihr Deutschtum raubt, die man gewaltsam zu Polen machen will. Sind sie tatsächlich Polen geworden? — Erinnerungen werden in mir wach. Meine Heimatstadt taucht vor mir auf. Sie liegt weit drüben im jetzt polnischen Land.

Horden von wilden Aufständischen brechen in das friedliche Garnisonstädtchen ein. Alles geht in ihre Hände über, was deutsch heißt, ist vogelfrei. Kein Widerstand von deutscher Seite. Die rasende Flut zerreißt alle Dämme. Von wilder Begeisterung ist ihr Lied erfüllt, ihr Lied: „Noch ist Polen nicht verloren." Immer stimmen sie es an, wenn es gilt, „Heldentaten" zu verrichten, wehrlose Menschen niederzumetzeln.

„Psia crew, entweder ihr werdet Polen, oder wir jagen euch barfuß nach eurem verfluchten Brandenburg, deutsche Schweine. Euren Hindenburg und den ‚Willusch' fangen wir bestimmt noch, denn wir sind Polen. ‚Bozey stozedz Polska'."

Der Zug ist vollgepfropft von deutschen Flüchtlingen. Alles haben sie zurücklassen müssen, selbst die Butter ist ihnen von ihrer Wegzehrung weggenommen worden. Posten mit aufgepflanztem Bajonett neben sich, müssen sie alle sich der weitgehendsten Leibesvisitation unterziehen. Wer sich wehrt, wird in Haft gesetzt. Dann in Bentschen endlich schwarzweißrote Fahnen und: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben." „Preußen?! — Straßengefechte und die ‚liebevollen' Landsleute: „Verdammte Pollacken, ihr kommt her und freßt uns unser bißchen Brot weg, warum seid ihr nicht in eurem verdreckten und verlausten Polen geblieben?" —

„Komm, wir wollen zurückfahren!" Jäh werde ich aus meinen Träumereien emporgeschreckt. Vor mir ist noch immer der Schlagbaum und das duftende „polnische" Lupinenfeld. — — —

Fest halten die Hände die Griffe der Lenkstange. In sausender Fahrt geht es bergab. — Helle Kinderstimmen tönen uns entgegen. Einige bekannte Gesichter beäugen uns neugierig. Frankfurter Jungen; eine willkommene Erinnerung an etwas, was nebelhaft aus unserem Gedächtnis emportaucht: Frankfurt. Freundliche Begrüßung, einige Minuten kameradschaftliches Plaudern, dann ein abschiedenehmendes „Heil", und die Vision ist vorüber.

Nun geht es wieder der Heimat zu. Wir alle können uns einer schlechten Stimmung nicht erwehren, wenn wir an das nahende Ende unserer so schönen, eindrucksvollen Fahrt erinnert werden. Mit Gewalt werden diese Gedanken zurückgedrängt; doch alle unsere Scherze und munteren Reden klingen etwas gezwungen, fast unwirsch. Aber neue Eindrücke teilen sich uns mit, und wir vergessen die Erinnerung in der schönen Natur.

Die dicken Mauern des Klosters Paradies haben uns verschlungen. Doch wir werden durch ihr düsteres Dräuen nicht eingeschüchtert, nicht zu mönchischem Ernst und stiller Anbetung gezwungen. Im Gegenteil. Frohes Singen und Scherze kämpfen gegen sie an. Und mit Erfolg. Sie verlieren in unseren Augen ihren schwermütigen Ernst; ihr Grau vereint sich mit dem dunklen Grün der Laubbäume zu einem stimmungsvollen Bilde. In diesen Mauern haben viele Menschen ihr ganzes Leben zugebracht, durch die dumpfdröhnenden Glocken stets an den Tod gemahnt. Doch unser Singen kann sie nicht beleidigen, diese altehrwürdigen, steinernen Herren mit den strengen, verwitterten Gesichtern. Sie sind stumm und zeigen dem forschenden Auge nur ihre harten, zusammengekniffenen Lippen. Aber doch scheint ein flüchtiges Lächeln über ihre farblosen Antlitze zu huschen, wenn sie durch uns an die frohen Tage ihrer eignen, fernen Jugendzeit erinnert werden. — — —

Feiner Regen schlägt uns ins Gesicht und läßt es unnatürlich rot werden. Bis auf die Haut durchnäßt, fahren wir stumm unserem neuen Ziel entgegen. Nur ab und zu unterbricht ein ungewöhnlich lautes „Achtung" die niederdrückende Stille. Die Pedale bewegen sich in fortwährendem Kreislauf. Gleichmäßig surren die Räder. —

Dann das lustige Treiben in der Lagower Jugendherberge. Die Außenwelt ist wieder in unser so ruhiges Leben eingedrungen und sucht uns mit dem nahenden Alltag bekannt zu machen, uns mit dem Unvermeidlichen auszusöhnen. Für die anderen Gäste der Herberge ist das gewiß nicht grauer Alltag, was sie hier erleben. Sie jauchzen, spielen, singen und freuen sich des Lebens in dieser herrlichen Landschaft. Nur wenige von ihnen denken an die engen Höfe der Großstadt, die ihre Heimat sind, der sie für einige Zeit entronnen sind. Doch für uns ist das lustige Treiben etwas Neues, das mit Gewalt unser freies Leben beenden will.

Alles mögliche wird begonnen, um die letzten Stunden noch so recht auszukosten. Kahnfahrten auf den großen Seen sollen uns die Natur zurückbringen. Der Wind bewegt die Bäume, sie raunen uns etwas zu: „Morgen, morgen." Morgen geht es auf die letzte Etappe, dem schönen Odertal zu, morgen kommen wir wieder in „geordnete Verhältnisse".

Der Wind saust um das Haus. Sein Heulen läßt uns immer wieder aufwachen und in die Finsternis hinausstarren. Bis schließlich der Morgen vom Tal herauf zu uns gelangt.

Näher und näher kommen wir unserem Ziel. Die Namen werden immer bekannter, sie klingen vertraut; da — die Türme von Frankfurt. Es liegt dicht vor uns, fast können wir es mit der ausgestreckten Hand erfassen. Jetzt hat es keinen Zweck mehr, sich gegen den Alltag zu sträuben, bald wird er uns umfangen.

Haben sich die Straßen seit unserer Abfahrt nicht verändert? Sehen nicht alle diese Leute anders aus als vorher?

Bekannte Gesichter grüßen uns. Erstaunt mustern sie unser Gepäck und unsere bestaubte Kleidung. Wir sind ermüdet. Langsamer werden die Bewegungen unserer Beine. Dann ruhen sie aus. Und: „Bist du aber braun gebrannt!" Der Alltag hat uns wieder. Das Erlebnis liegt hinter uns, aber noch lange haftet sein Eindruck in unserer Erinnerung. Bruno Wolff, Frankfurt a. d. O.

Ein Ostpreußen-Abend Berliner Jugend.

Bei den verschiedensten Gelegenheiten habe ich immer wieder darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Fortentwicklung unserer Arbeit dringend notwendig ist, daß sich die Jungscharen nicht nur auf den eigenen ostmärkischen Kreis beschränken, sondern vor die Öffentlichkeit treten und versuchen, mit anderen Jugendbünden Fühlung aufzunehmen, um so den Kreis derer, die sich für den Osten einzusetzen bereit sind, möglichst weit zu ziehen. Selbstverständlich ist es dazu erforderlich, selbst eine gewisse innere und äußere Festigung zu besitzen, denn Einfluß wird stets nur der ausüben können, der anderen Vorbild zu sein vermag.

In Berlin haben wir dieser Tage einen ersten Versuch zu gemeinsamer Zusammenarbeit mit anderen Bünden unternommen. Anlaß gab die politische Lage im Memelland, und es erschien mir wichtig, gerade in diesem Augenblick die Jugend der verschiedensten Richtungen zu gemeinsamem Gedenken für die bedrohte Ostmark zusammenzufassen. Ich beschloß daher, einen Ostpreußen-Abend der Berliner Jugend zu veranstalten. Unsere Jungschar Hermsdorf übernahm in Verbindung mit der uns befreundeten Bibel-Kreis-Gruppe Dahlem die Ausgestaltung des Abends, und die evangelische Kirchengemeinde Dahlem stellte in innerer Verbundenheit zu unserer Sache das herrliche, neuzeitlich eingerichtete Gemeindehaus zu Dahlem unentgeltlich zur Verfügung.

Hunderte von Jungen und Mädeln waren unserem Rufe gefolgt, und es war ein schönes Bild, neben den Scharen der bündischen Jugend die starken Trupps der kirchlichen und der politischen Jugend, und neben der jungen Kaufmannschaft die Studentenschaft zu sehen. Die eintreffenden Gruppen besichtigten zunächst eine im Vorraum des Gemeindesaales von uns aufgebaute kleine Ostpreußen-Ausstellung. Den vorhandenen Raumverhältnissen Rechnung tragend, setzte sich diese im wesentlichen aus Bildern, Literatur und Kartenmaterial zusammen. Die Bilder zeigten die Hauptlandschaften Ostpreußens, gaben einen Überblick über die markantesten Bauwerke des Landes und brachten eine Auswahl besonders typischer Porträts des schaffenden ostpreußischen Menschen. Die Literatur führte vor allem in die Wirtschaftsverhältnisse und in die politische Lage des Landes ein, umfaßte aber auch die wichtigsten Werke ostpreußischer Schriftsteller. Das Kartenmaterial war vorwiegend nach politischen Gesichtspunkten zusammengestellt.

Mit dem Trutzlied „Wer jetzig Zeiten leben will, muß haben tapfers Herze" begann dann der Abend; die B.-K.-Gruppe sang das ernste Lied in starker Geschlossenheit. Es folgte eine kurze Ansprache, in der ich auf die Verbundenheit der jungen Generation mit dem Osten hinwies und zeigte, wie gerade das vom Reich abgetrennte Ostpreußen und das geraubte Memelland nicht nur wegen der reizvollen Landschaften jährlich Tausende von Jungen und Mädeln anziehen, sondern gerade deswegen das Ziel aller derer werden, die Grenzlandfahrten machen, weil die Not der Menschen dort oben eine seelische Anteilnahme der Jungen Deutschlands gefunden hat. Durch den Saal hallte darauf das von allen gesungene „Nach Ostland wollen wir reiten".

Dann trat Erich Krause, einer unserer Freunde aus dem Memelland, vor und zeigt uns Lichtbilder von der Kurischen Nehrung. Diese einzigartige Landschaft, die Dünen, die Tierwelt und vor allem die Menschen wurden uns allen in den zauberhaften Photos zu einem seltenen Erleben, denen, die dort waren, zur Erinnerung und den andern ein Anreiz, ihre Fahrten in jenes Land zu legen, dem wir nichts Ähnliches an die Seite zu stellen haben.

Die Jungschar Hermsdorf zeigte anschließend zwei Volkstänze, ostpreußische Fischertänze, die von zwei Geigen und einer Ziehharmonika begleitet wurden und stürmischen Beifall ernteten. Als Abschluß dieses Teils folgte ein Märchenvortrag. Ingemar Berndt hatte vier plattdeutsche Märchen aus Ostpreußen ausgewählt, die dort noch heute erzählt werden und sich vor andern Märchen dadurch auszeichnen, daß sie mit Liedeinlagen versehen sind. Diese zum Teil gruseligen, zum Teil recht amüsanten Geschichten erregten viel Freude, zumal sie in der volkstümlichen Mundart vorgebracht wurden.

Den zweiten Teil des Abends leitete ein von den Hermsdorfern gespieltes Musikstück ein, das wir auf der Preußischen Staatsbibliothek ausgegraben hatten. Reizende ostpreußische Volksmusik, die Valentin Hausmann im Jahre 1604 bearbeitet hatte und die nun für zwei Geigen, Flöte, Oboe, Klarinette und Cello zurechtgemacht war. Ich wünschte recht, daß derartige Musik von unsern Jungscharen mehr beachtet würde.

Zum Schluß sprach dann Dr. Franz Lüdtke. Er entwickelte die seelischen, kulturellen Zusammenhänge zwischen Ostpreußen und dem Mutterland. Ein Notland wurde in seiner ganzen Größe lebendig; das Vorfeld deutschen Wesens gegen Osten hin tat sich auf. Ist hier denn nicht wirklich alles deutsch — und fühlt nicht alles deutsch, der Mensch aus Masuren und dem Memelgebiet ebenso wie jeder andere Ostpreuße? Germanisch oder blutmäßig den Germanen verwandt (Pruzzen) ist das Land seit den Zeiten der Goten und dann seit der Wiedereindeutschung durch Ritter, Bürger und Bauern. Dome, Städte, Dörfer, Schlösser — alles deutsch! Und die geistigen Menschen, die Führer? Kopernikus, Simon Dach, Herder, Hamann, Kant, Schenkendorf ... eine Linie, unabsehbar. Bis zu den Neuesten hin: zu Agnes Miegel, Käthe Kollwitz, Johanna Wolff, Elsfabeth Brönner-Höpfner, zu Max Brinkmann, Fritz Kudnig, Siegfried v. d. Trenck, Agnes Harder und soviel andern Schöpfern — bis Alfred Brust, mit dessen Ostpreußenlied Lüdtke schloß:

„Meine Heimat jauchzt, wenn die Kette reißt."

Ein als Abschluß gedachtes Musikstück, eine Fuge des Bachschülers Johann Gottfried Müthel, die ein B. K.ler auf der Orgel spielen sollte, konnten wir wegen der außerordentlich weit vorgeschrittenen Zeit leider nicht mehr bringen.

So verlief dieser Abend, der ein erster Versuch war, einmal anderen aus unserm Gedankenkreis heraus den Osten nahezubringen. Wir haben uns manchen Freund gewonnen, mit dem wir weiter zusammenwirken werden, und wir haben es deutlich gespürt, wie stark die Verbundenheit der jungen Generation in den Dingen ist, die die Zukunft unseres Volkes angehen.

Der „Seedienst Ostpreußen" hat uns als Anerkennung einen Freifahrschein nach Memel zur Verfügung gestellt, worüber wir besonders erfreut sind, da auf diese Weise wieder einer von uns dorthin fahren kann, dem dieses sonst vielleicht nicht möglich gewesen wäre. Auch die Presse hat dem Abend manches anerkennende Wort gezollt, so vor allem die „Königsberger Allgemeine Zeitung", die mit besonderer Genugtuung die Bereitschaft der Jugend für den Osten vermerkt.

Ernst Otto Thiele.

Vorbildliche Jungschararbeit.

Die Jungschar Swinemünde legt einen Arbeitsbericht über das Jahr 1931 vor, der eine Fülle von Anregungen enthält. Vor allem zeigt der Bericht, wie intensiv gerade auch in einer kleinen Stadt gearbeitet werden kann, wenn nur die richtigen Leute an der Spitze stehen.

Die Jungschar Swinemünde veranstaltete im Jahre 1931 47 Heimabende, die fast ausschließlich im Zeichensaal einer Schule stattfanden. Hierbei wurden 21 Vorträge gehalten, denen eingehende Aussprachen folgten. An Themen seien z. B. genannt: Inselland Ostpreußen — Geschichte Ostpreußens — Der Kampf um den Annaberg — Die Schädlichkeit des Nikotins — Der polnische Pfadfinderklub in Deutschland — Die Geschichte des Völkerbundes — 700 Jahre Ordensland — Wie kann Alkohol der Jugend schädlich sein? — Die Notlage des Reiches — Weltpolitische Tagesfragen — Die polnische Minderheitsschule — Die Osthilfe — Das Polenabkommen — Die Not Danzigs — Die Urgeschichte des Weihnachtsfestes.

Sieben größere Fahrten wurden, zumeist in Pommern, unternommen, und in zwei Orten außerhalb Swinemündes wurden von uns öffentliche Werbeabende durchgeführt. Die Sommersonnenwende und Weihnachten vereinten die Jungscharmitglieder zu einer besonderen Feier. Zweimal im Frühling und dann zum Totensonntag und zu Allerseelen fand gemeinsamer Kirchgang statt; an einem Tage besichtigten wir das hiesige Heimatmuseum. Berichte über die Arbeit der Jungschar brachten „Ostland", „Swinemünder Zeitung", „Pommersche Tagespost" und „Lokal-Anzeiger". Die Jungschar zählt gegenwärtig 24 Mitglieder, davon 88 v. H. Einheimische.

Heinz Bachert, Swinemünde.

Bücher, die uns angehen.

Für Heim und Fahrt:

Das Abenteuer. Von K. B. von Mechow. 254 Seiten. Verlag Albert Langen, München 1931. Geb. 6 M.

In das Land der Sümpfe und Wälder und der weiten Ebenen, nach Polen und Litauen führt uns dieser Reiterroman aus dem großen Kriege, der zum Besten gehört, was aus dieser Zeit auf uns gekommen ist. Seinen besonderen Wert erhält dieses Buch vor allem anderen durch die vollendete Gestaltung des Führergedankens. Von zwei Offizieren berichtet es, grundverschiedenen Menschen, die ihren Leuten alles sind und diese zu jeder Leistung bringen können, weil sie die unmerklich zwingende Gewalt derer ausüben, die durch das vorlebende Beispiel den Weg weisen.

Auf Seite 5 veröffentlichen wir einen Auszug aus diesem prächtigen Buch. E. O. T.

*

Thorn. Von Reinhold Heuer. Ostland-Institut, Danzig.

Aus der hoch bedeutsamen Arbeit des von Prof. Recke geleiteten Ostland-Instituts zu Danzig ist nunmehr eine neue Schriftenreihe hervorgegangen, die unter dem Titel „Ostland-Darstellungen" Überblicke über die kulturpolitisch besonders wichtigen Stätten der Ostmark vermitteln soll. Das erste Heft ist der Stadt Thorn anläßlich des 700jährigen Bestehens derselben gewidmet und bringt in Verbindung mit sehr guten neuzeitlich bearbeiteten Bildern eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des alten deutschen Kultur- und Wirtschaftszentrums an der Weichsel. Dr. Th.

*

Altschlesische Tänze. Gesammelt von F. Neumann. 39 Seiten. Verlag L. Heege, Schweidnitz. Brosch. 0,90 M.

Im Hinblick auf unser Pfingsttreffen sei auf diese kleine Sammlung von Volkstänzen hingewiesen, die in dem in volkskundlicher Hinsicht besonders hochentwickelten Schlesien entstanden sind. Die Melodien und Tanzanweisungen sind übersichtlich und leicht verständlich geordnet, die mundartlichen Texte, die dazu gesungen werden können, lassen sich auch hochdeutsch singen, doch klingen sie im Dialekt viel schöner. E. O. T.

*

Vom Vogelzuge in Rossitten. Von J. Thienemann. 174 Seiten mit 53 Abbildungen und 3 Karten. Verlag J. Neumann, Neudamm, 1931.

Auf dem Ostpreußen-Abend der Berliner Jugend, über den ich nebenstehend berichte, brachten wir u. a. einen Lichtbildervortrag über die Kurische Nehrung. Hierfür hatte uns der Verfasser des vorliegenden Werkes eine größere Anzahl herrlicher Photos aus Rossitten überlassen, die in das Leben der Vogelwelt einführten, das dort auf der Nehrung durch die bahnbrechende Tätigkeit Prof. Thienemanns wie nirgendwo in Deutschland beobachtet werden kann. Die Ergebnisse der Vogelzugforschung sind in diesem mit selten schönen Bildern versehenen Buche wiedergegeben, das nicht allein das Verständnis für die Tierwelt ganz wesentlich zu fördern vermag, sondern ein unschätzbares Dokument für den hohen Stand der Kulturarbeit in Deutschlands Osten darstellt. Dr. Th.

*

Für die ostpolitische Schulung:

Das rote Rußland. Von Theodor Seibert. 300 Seiten. Verlag Knorr & Hirth, München, 1932. Geb. 4,50 M.

Wiederholt wurde ich nach einem wirklich guten Buch über das neue Rußland gefragt, nach einer Schrift, die weder mit der Blickrichtung durch die rote Parteibrille des Kommunismus, noch auch von Leuten geschrieben wurde, die Sowjetrußland nur als Sammelstätte niedrigster Instinkte zu schildern belieben. Das vorliegende Buch scheint mir die Anforderung nach Objektivität von allen Rußlandbüchern am meisten zu erfüllen. Es ist von einem Mann geschrieben, der Osteuropa nicht von flüchtigen Besuchen, sondern aus jahrelangem Studium der Gegenwartsverhältnisse her kennt. Äußerst eindringlich wird vor allem die Kräftekonzentration Sowjetrußlands geschildert, die eine bei weitem größere Gefahr für Europa und seine Kultur darstellt, als die meisten Menschen zu ahnen vermögen. Dr. Th.

*

Um Finnlands Freiheit. Von Carl Henke und Gerhard Liesner. 189 Seiten. Verlag Tradition. Berlin 1932. Kart. 3,80 M.

Zu den militärischen Operationen des Weltkrieges, die große Bedeutung für das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarvölkern gewonnen haben, gehört die Befreiung Finnlands vom Bolschewismus durch deutsche Truppen. Auch andere Staaten verdanken ihre Selbständigkeit deutscher Hilfe, aber Finnland ist das einzige Land, das dieser Tat auch heute noch dankbar gedenkt und den für Finnlands Freiheit gefallenen deutschen Soldaten Erinnerungssteine gesetzt hat. Der Kampf um Finnland, Vorbereitung des Unternehmens, Landung der Truppen und strategische Durchführung des Unternehmens finden in diesem Buche eine schöne Würdigung von berufener Seite; die beigefügten Kartenskizzen und Kriegsphotos tragen sehr wesentlich zum Verständnis für diese große deutsche Leistung im Nordosten Europas bei. Dr. Th.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Ernst Otto Thiele, Berlin-Lichterfelde-West. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf C1 Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW.68.

Auf der Tagung wies Professor Max Sering darauf hin, daß etwa ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche der großen Güter sich im Osthilfeverfahren als nicht sanierungsfähig erweisen werde. Dieser Boden müsse der Siedlung zugeführt werden. Man dürfe nicht vergessen, daß eine richtig durchgeführte Siedlung stets eine Intensivierung der Landwirtschaft bedeute. Auch unter den heutigen ungeheuer schwierigen Verhältnissen seien die Voraussetzungen für eine weit stärkere ländliche Siedlung gegeben.

Reichsminister Dr. h. c. Schlange-Schöningen betonte, die innere Kolonisation sei eines der tiefsten Lebensprobleme der Nation, ja, vielleicht die Lösung des deutschen Lebensrätsels überhaupt. Er wies weiter darauf hin, wenn man nicht den Rückzug des Deutschtums erleben wolle von den östlichen Grenzen her auf die jetzt schon übervölkerten Industriezentren im Westen, dann dürften wir uns nicht mit halben Maßnahmen begnügen, sondern müßten den Mut haben, alle bisherigen Maßstäbe hinter uns zu lassen. Es müsse alles versucht werden, daß der systematische Vormarsch des Deutschtums in die schon dünn besiedelten Ostgebiete wieder einsetzt, wie einst um 1300 — eine Kolonisationspolitik von großem Stil, welche zur Verteidigung des deutschen Landes die Massen der deutschen Bauern im Osten fest verwurzelt und starke neue Reserven an die Grenze des Deutschtums führt. Der Minister stellte u. a. fünf Grundsätze auf:

1. Ausschaltung des Haßmotivs: die Gegensätze zwischen groß und klein dürften die Kolonisationsarbeit nicht stören.
2. Der Arbeiter solle bei Aufteilung großer Güter nicht verdrängt, sondern seßhaft im Osten festgehalten werden.
3. Die nachgeborenen Bauernsöhne des Ostens gehörten zum besten Siedlermaterial, weil sie Boden und Klima kennen.
4. Dazu müsse treten ein neuer Zug vom Westen nach dem Osten, wobei das Prinzip der landsmannschaftlichen Siedlung eine Rolle spielen müsse.
5. Was an Geld fehle, müsse durch eine sinnvolle Zweckmäßigkeit unter Vermeidung alles Bürokratischen ergänzt werden. An Stelle der toten Paragraphen müsse der lebendige Wille des Menschen treten. Der Minister betonte zum Schluß, er sehe in in der großzügigen Kolonisation und Siedlungspolitik im Osten geradezu eine psychologische Abkehr aus Dumpfheit und Enge, kein Problem mehr, über das man streiten könne, sondern eine historische Notwendigkeit, mit der die Zukunft der Nation aufs engste verbunden sei.

Entschädigungswesen.

Die Bilanzkurse der Reichsschuldbuchforderungen.

Auf Grund der Verordnung über einmalige Bilanzierungserleichterungen vom 15. Dezember 1931 haben die Ortsausschüsse der ständigen Kommission für Angelegenheiten des Handels in amtlich nicht notierten Werten beim Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.) für die in ihr Tätigkeitsgebiet einbezogenen Werte folgende Bilanzkurse der 6 v. H. Reichsschuldbuchforderungen — diese Kurse sind mit den bisher noch nicht festgesetzten Steuerkursen nicht zu verwechseln — für den 31. Dezember 1931 errechnet:

1932/I 94,03, II —,—; 1933/I 84,82, II 83,85; 1934/I 78,21, II 75,10; 1935/I 73,94, II 70,99; 1936/I 69,39, II 68,61; 1937/I 64,92, II 64,27; 1938/I 60,78, II 60,26; 1939/I 57,75, II 57,92; 1940/I 56,77, II 52,98; 1941/I 55,50, II 54,97; 1942/I 54,06, II 55,—; 1943/I 53,38, II 53,21; 1944/I 53,01, II 52,21; 1945/I 52,95, II 52,15; 1946/I 52,90, II 52,41; 1947/I 52,86, II 52,56; 1948/I 52,88, II 52,56.

Wiederaufbauzuschläge: 1944/45 20,94; 1946/48 20,39.

Die augenblicklichen Kurse der Reichsschuldbuchforderungen

werden unverbindlich wie folgt geschätzt:

1932/I 98 v. H., II —,—; 1933/I 84 v. H., II 81 v. H.; 1934/I 78 v. H., II 75 v. H.; 1935/I 68 v. H., II 65 v. H.; 1936/I 62 v. H., II 58 v. H.; 1937/I 55 v. H., II 53 v. H.; 1938/I 52 v. H., II —,—; 1939/I 50 v. H., II 47 v. H.; 1940/I 49 v. H.; 1941/I 48 v. H.; 1942/I 46 v. H.; 1943/I 45 v. H.

Die weitere Entwicklung der Reichsschuldbuchforderungen dürfte von den innen- und außenpolitischen Verhältnissen abhängen. In welcher Richtung sich die Schuldbuchkurse bewegen werden, läßt sich deshalb bei der ungeklärten politischen Lage nicht sagen. Hb.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf: Monatsversammlung am Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Sabau, Berlin-Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 124.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Spandau hielt am 5. Februar ihre Hauptversammlung ab, die sehr gut besucht war. Nach der Begrüßung der Mitglieder durch den Vorsitzenden, Herrn Schlabs, und Erledigung von Vereinsangelegenheiten erstattete der Schriftführer, Herr Bohlmann, den Jahresbericht. Dieser ließ die umfangreiche und segensreiche Tätigkeit der Ortsgruppe erkennen. Der Kassenprüfungsbericht hob die geschickte Führung der Kassengeschäfte durch die Kassiererin, Frl. Wandel, anerkennend hervor. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. Der Haushaltvoranschlag wurde genehmigt. Es fanden dann die Wahlen statt. Danach setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen: Ehrenvorsitzender Herr Otto Krause; 1. Vorsitzender Herr B. Schlabs, Spandau, Straßburger Straße 24a; 2. Vorsitzender Herr Franke; 1. Schriftführer Herr Bohlmann; 1. Kassierer Frl. Marg. Wandel; 2. Kassierer Frl. Ziem; Kulturpfleger Herr Mertens; Beisitzer die Herren Drews und Stahnke; Frauendienst Frau Schlabs.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Forst (Lausitz). Die diesjährige Jahreshauptversammlung im Januar war sehr gut besucht. Der 1. Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, der ein erfreuliches Anwachsen des Vereins zeigte. Mit der Treunadel konnten vier bewährte Ostmärker ausgezeichnet werden. Neben einer Reihe wertvoller Kulturabende wurde auch der Pflege der Geselligkeit Rechnung getragen. Für den verstorbenen Kassenwart Otto Hübner wurde einstimmig Stadtsparkassenoberinspektor Gustav Golz in den Vorstand gewählt. Das Jahresprogramm für das neue Vereinsjahr wurde aufgestellt und besprochen; es geht nächstens in Druck und wird den Mitgliedern sowie der Ortsgruppe des V. D. A. zugehen. — Am Sonnabend, den 6. Februar, beging die Ortsgruppe die Feier ihres 12jährigen Bestehens im Saale des Vereinslokals (Landsmann Karl Dahms). Der Notzeit entsprechend wurde die Feier in Form eines Familienabends abgehalten. Der Vorsitzende der Ortsgruppe konnte eine außergewöhnlich große Zahl von Landsleuten und Gästen willkommen heißen. Der V. D. A. war durch den gesamten Vorstand vertreten, desgleichen der Sudetendeutsche Verein und die Vereinigung ehemaliger 6er, 46er und 47er. Der Vorsitzende der Forster Ortsgruppe des V. D. A., Dr. Sauer, entbot dem Verein die herzlichsten Grüße und betonte die enge Zusammenarbeit des V. D. A. mit der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes im Sinne volksdeutscher Grenzlandsarbeit. Gesänge des Gemischten Chores Koyne (Leitung Alfred Manthey) und Darbietungen der Tanzschule Fred Esser-Kottbus umrahmten in glänzender Weise die sorgfältig aufgestellte Vortragsfolge.

Landesverband Niederschlesien.

Kreisgruppe Bunzlau. An Stelle eines gemeinsam mit dem Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen am 23. Januar abzuhaltenden Heimatabends, der infolge des plötzlichen Ablebens unseres früheren langjährigen ersten und dann zweiten Vorsitzenden, Kaufmanns Fritz Mühlbradt, ausfiel, hielt die Kreisgruppe ihre erste diesjährige Monatsversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der erste Vorsitzende gedachte in kurzen ehrenden Worten des Verstorbenen und gab alsdann die Rundschreiben der Bundesleitung bekannt. Im Anschluß hieran fand die für den Heimatabend vorgesehene Ehrung von 18 langjährigen Mitgliedern der Kreisgruppe durch Verleihung von Treunadeln statt, die seitens des ersten Vorsitzenden an die in Frage kommenden anwesenden Mitglieder mit der Bitte überreicht wurden, auch weiterhin treu zum Ostbund zu halten, dessen Bestrebungen bei allen Veranstaltungen zu unterstützen und die Liebe zur alten Heimat zu hegen und zu pflegen, treu dem Wahlspruch des Deutschen Ostbundes: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein." Die Treunadel ist verliehen worden an: 1. Steuersekretär Josef Arndt; 2. Landwirt Wilhelm Büsing, Ottendorf; 3. Oberlandmesser i. R. Friedrich Gaedke; 4. Landwirt Wilhelm Halter, Tillendorf; 5. Obersteuerinspektor i. R. Otto Hoffmann; 6. Obersteuersekretär Robert Heyn; 7. verw. Frau Emma Hüller; 8. Gastwirt Karl Jürke; 9. Kaufmann Fritz Karnetzky; 10. Sanitätsrat Dr. Friedrich Kalliefe; 11. Rechnungsdirektor Paul Rattay; 12. Schuhmachermeister Karl Schiewe(c)k; 13. Oberlandjäger Wilhelm Schäfer, Tillendorf; 14. Justizrat Otto Schulz; 15. Hotelbesitzer Emil Schreiber; 16. Landwirt Hermann Stettefeld, Tillendorf; 17. Landwirt Wilhelm Thomas, Tillendorf; 18. Bürodirektor Hugo Waelke. Der Führer der im Dezember v. J. ins Leben gerufenen Jugendgruppe, die erfreuliche Fortschritte macht und der bereits 30 Mitglieder angehören, gab bekannt, daß die Jugendgruppe am 6. Februar einen gemütlichen Abend mit Tanz im Vereinslokal „Blücher" veranstaltet, zu dem die Mitglieder des Ostbundes gebeten werden, recht zahlreich zu erscheinen und Geschenke zu einer zur Stärkung der Kasse der Jugendgruppe stattfindenden Verlosung mitzubringen. Gemeinsame Gesänge beschlossen diese sehr anregend verlaufene Monatsversammlung.

Die **Ortsgruppe Schmiedeberg i. Rsgb.** hielt am 7. Februar bei Landsmann Siking in Erdmannsdorf ihre Jahreshauptversammlung ab. Während einer gemeinsamen Kaffeetafel, die der Versammlung einen mehr familiären Charakter gab, hielt der Vorsitzende, Lehrer Kugas, einen Vortrag über die unerhörte und unverschämte polnische Propaganda und Agitation in den deutschen Ostgebieten, welcher illoyalen Mittel sich die Polen bedienen, um die ostdeutsche Bevölkerung mit polnischem Wesen zu durchdringen. Der Jahresbericht legte Zeugnis ab von der Arbeit der Ortsgruppe. Die Kasse ist in Ordnung befunden und liegt in guten Händen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Lehrer Kugas, Schmiedeberg; Schriftführer Lehrer Raschke, Hohenwiese; Kassierer Postschaffner Bischkopf, Schmiedeberg; Beisitzer Postschaffner Groß, Bergner, Hauch, Zillerthal. Im Anschluß daran wurden interne An-

gelegenheiten erledigt. Die Mitglieder blieben noch ein paar Stunden in ostmärkischer Gemütlichkeit beisammen.

Landesverband Vorpommern.

Ortsgruppe Nörenberg. Nach langer Pause rief der Ehrenvorsitzende, Kaufmann Spohn, eine Anzahl Mitglieder zu einer außerordentlichen Sitzung im Vereinslokale, das er selbst mit Transparentschriften ausgestattet hatte, zusammen. Der 1. Vorsitzende, Lehrer Röseler, ermahnte die Anwesenden zur Treue zum Deutschen Ostbund. Diesen Worten schloß sich Kaufmann Spohn an. Es wurde darauf beschlossen, die Ortsgruppe weiterhin zu erhalten und jeden 1. Sonntag im Vierteljahr zusammenzukommen. Ferner wurde beschlossen, die Beiträge bei jeder Sitzung vierteljährlich zu erheben, die armen und arbeitslosen Freunde der Ostbundsache als Mitglieder ohne Beitragszahlung aufzunehmen. Herr Spohn berichtete sodann über die Arbeit des Deutschen Ostbundes in Vergangenheit und Gegenwart, forderte auf, auch Nichtostmärker für den Beitritt zum Ostbund zu werben, und bat, den Kulturgedanken des Ostbundes mit allem Fleiß und Ernst zu betreiben und zu unterstützen.

Ortsgruppe Pyritz. Bei dem Heimatabend am 6. Februar wurde dem Ehrenvorsitzenden der Ortsgruppe, Herrn Ludwig, vom stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Vorpommern die Bundesehrennadel überreicht. Welch treuer landsmannschaftlicher Geist in der Ortsgruppe herrscht, geht daraus hervor, daß bisher 43 Mitgliedern die Treunadel für zehnjährige Mitgliedschaft überreicht werden konnte. Seiner Begrüßungsansprache legte der Vorsitzende, Photographenmeister Sikorski, den Wahlspruch des Deutschen Ostbundes zugrunde und ließ seine sehr beifällig aufgenommene Rede ausklingen in einem Hoch auf den Schirmherrn des Deutschen Ostbundes. Der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Vorpommern Landesoberinspektor Becker aus Stettin, kam in einer Ansprache auf die Organisation des Ostbundes zu sprechen und ermahnte besonders die Jugend, sich eifrig an den Kulturarbeiten des Bundes zu beteiligen. Der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Eisenbahnobersekretär Sabatke, brachte das mahnende Gedicht des ostmärkischen Heimatdichters Karl Busse, „Vermächtnis an die Ostmark“, zum Vortrag während der 1. Vorsitzende, Herr Sikorski, den Abend noch mit einigen Gesangsvorträgen verschönte. Die Hauskapelle des Schützenhauses sorgte fleißig für angenehme Unterhaltungsmusik, so daß der Heimatabend alle Mitglieder voll befriedigte und im Gedanken an die verlorene Heimat jenseits der weißroten Grenzpfähle enger miteinander verband.

Der Landesverband Westpreußen

Der **Landesverband Westpreußen** hielt am 13. Februar seine diesjährige Jahreshauptversammlung in der Bürgerressource in Elbing ab. Der Vorsitzende, Redakteur Oehler, begrüßte die Vertreter der Ortsgruppen Westpreußens und beglückwünschte Herrn Folda, Rosenberg, zum 50. Geburtstag und Herrn Vogel, Marienburg, zum 40jährigen Berufsjubiläum. Mit einem kurzen Referat über die augenblickliche politische Lage, insbesondere über den Bruch des Memelstatuts und die Stellungnahme des Deutschen Ostbundes, der ja ein Kampfbund zur Wahrnehmung und Erhaltung der ostdeutschen Heimat ist, wurden die Verhandlungen eingeleitet. Der Geschäftsführer des Verbandes, Stadtobersekretär Becker, erstattete Bericht über die allgemein wissenswerten zahlreichen Geschäftsvorgänge und verlas hierauf den umfangreichen und sorgfältig ausgearbeiteten Jahresbericht. Der Schatzmeister des Verbandes, Herr Hans Holzmann, legte den Kassenbericht vor. Nach dem Revisionsbericht des Herrn Folda, Rosenberg, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Wiederwahl des Gesamtvorstandes erfolgte einstimmig. Als Ort der nächsten Tagung im Mai wurde Rosenberg bestimmt. Nach Besprechung und Erledigung einer Reihe von Fragen, besonders der Eintragung der Entschädigung der aus Polen Verdrängten in das Reichsschuldbuch, wurde in der Memelland-Angelegenheit folgende Entschließung gefaßt, die den einzelnen verantwortlichen Stellen in Berlin zugeleitet werden soll: „Der Landesverband Westpreußen des Deutschen Ostbundes gibt in seiner heutigen Jahresversammlung einstimmig mit großer Entrüstung seinem Abscheu darüber Ausdruck, daß Litauen unter Bruch des Memel-Statuts es wagt, kerndeutsches Land und wehrlose deutsche Volksgenossen zu vergewaltigen und damit jedem Recht und jeder Gerechtigkeit hohnlächelnd ins Gesicht zu schlagen. In dem ostdeutschen Grenzland ist die Empörung über den litauischen Gewaltakt auf das höchste gestiegen, und es wird mit aller Bestimmtheit von der deutschen Reichsregierung erwartet, daß sie alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel in Anwendung bringt, um deutsches Land, deutsche Kultur zu wahren und den deutschen Stammesgenossen Recht und Schutz zu gewähren. Wir sprechen erneut mit allem Nachdruck die Erwartung aus, daß sich die Reichsregierung ihrer Aufgabe und Verantwortung gegenüber der großen Gefahr bewußt ist, von welcher der deutsche Osten mit der Herausforderung durch Litauen bedroht wird.“

Landesverband Ostpreußen.

Die Ortsgruppe Ortelsburg beging am 9. 1. 1932 ihre diesjährige Hauptversammlung mit einer Familienfeier verbunden. Nachdem der 1. Vorsitzende, Kreisobersekretär Baarz, die Versammlung begrüßt und einen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr gegeben hatte, überreichte er den Mitgliedern Emil Stuike, Gustav Pieper, Wilhelm Platz und Eduard Sanewski die Treunadel für 10jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Ostbunde mit dem Besitzzeugnis und herzlichen Dankesworten für die treue Mitgliedschaft. Der 2. Vorsitzende, Rechtsanwalt Boege, gab einen Rückblick auf die zurückliegende schwere Zeit und die Bemühungen auf die Beseitigung des Deutschland durch den Korridor zugefügten Unrechts, das sich inzwischen überall offenbart hat. Bei Spiel, Gesang und Tanz verlief dann der Abend sehr angeregt.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Ortsgruppe Dresden. In der unter Leitung des Ehrenmitgliedes, Herrn Oberpostsekretärs i. R. Schilla, im „Italienischen Dörfchen“ abgehaltenen Versammlung gab Herr Oberfachschullehrer Haselbach einen Überblick über „Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise“. Ausgehend von einigen Beispielen aus der Antike und dem 19. Jahrhundert, erläuterte der Redner, daß eine Wirtschaftskrise sich darstelle als eine Stockung oder Einschränkung des Warenverkehrs oder der Warenerzeugung. Ihre Dauer sei bedingt durch das Tempo der Anpassung der vom Notstand Betroffenen an die neuen Wirtschaftsverhältnisse. Der Redner sprach dann über die Entwicklung der Arbeitsteilung, die zwischen den einzelnen Menschen und den einzelnen Volkswirtschaften liegen. Das Vorhandensein oder Fehlen von Bodenschätzen bedinge die Entstehung der drei Staatenformen: Industrie-, Agrar- und Handelsstaat, die in den letzten Jahrzehnten sich vielfach verwischt haben. Besonders hervorgehoben wurde als typisch die Entstehung des Industriestaates England aus einem Agrarstaat. Gegenübergestellt wurde die späte Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat. Der Begriff „Weltwirtschaft“ wurde am Beispiel Englands geklärt. England als Industriestaat könne nur bestehen, wenn Bauern anderer Länder Getreide für es anbauen, Vieh züchten, Unternehmer anderer Gebiete Baumwolle pflanzen usw. Die Ursachen des bisherigen Blühens der englischen Industrie und des englischen Handels seien das bewundernswerte Schaffen ungeheuerer abhängiger Gebiete von Schutzstaaten und Kolonien gewesen. Diese sicherten ein Absatzgebiet von gigantischen Ausmaßen, in dem die vierhunderttausend englischen Auswanderer, die jährlich ihre Heimat verließen, dieser als Käufer erhalten blieben. Der Redner zeigte nun die eigentlichen Gründe der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise: Die durch den Weltkrieg erfolgte Abschnürung überseeischen Landes von den europäischen Industrieländern veranlaßte besonders Amerika und Japan zum übermäßigen Ausbau ihrer Industrien. Die Großmannssucht hauptsächlich der nach dem Kriege entstandenen Staaten züchtete dort neue Konkurrenzindustrien. Der Boykott der englischen Waren in Indien, der unaufhörliche Bürgerkrieg in China ließ Hunderte von Millionen Käufer ausfallen. Die ungeheuren Kriegsgewinne Amerikas suchten Anlage und fanden sie in Brasilien, Argentinien, Chile und Deutschland. Die ABC-Staaten in Südamerika ließen Industrien entstehen, die nun infolge Überproduktion ihrer Erzeugnisse keine Käufer fänden. Mit den heimischen Produkten der Schuldnerländer, wie Fleisch, Getreide und ähnlichem, konnten die aufgenommenen Anleihen nicht getilgt werden. Denn Amerika konnte diese Produkte nicht aufnehmen. Und aus den ganzen Industrien konnten großenteils die Mittel für Zinsen und Amortisation nicht herausgewirtschaftet werden. Die hierdurch verursachte Krise stieg ins ungemessene, als Deutschlands Kaufkraft infolge Krieg und Inflation immer mehr schwand, Deutschlands Industrie durch immer neue Zollschranken des Auslandes zusammenschrumpfte, Deutschlands Zahlkraft durch die unsinnigen Reparationen aufgezehrt wurde. Gestreift wurde auch die Krisenfestigkeit Frankreichs. Ein gesundes Gemisch von Landwirtschaft und mäßig großer Industrie bilde dort einen guten Ausgleich, eine verhältnismäßig starke Unabhängigkeit vom krisenerschütterten Weltmarkt. Zum Schluß wies der Redner auf die Möglichkeit einer Gesundung der deutschen Wirtschaft hin durch Schaffung neuer Abnehmer in Gestalt eines großen Siedlungsvolkes im Osten Deutschlands. Dies sei die nationale Aufgabe der Zukunft. Reicher Beifall lohnte die anregenden Ausführungen.

Landesverband Sachsen-Thüringen.

Die **Ortsgruppe Jena** hielt am 4. Februer im Vereinslokal „Pionierheim“, Burgauer Weg, ihre Generalversammlung ab. Einleitenden Worten des Vorsitzenden, Herrn Roschke, mit denen er an die Pflicht zur Mitarbeit an der Ortsgruppe, zur Erziehung der Jugend im Ostbundgedanken und zur Aufklärung unter der heimischen Bevölkerung erinnerte sowie zur Hilfsbereitschaft gegenüber den Notleidenden ermahnte, folgte der Jahresbericht des Schriftführers, der eingehend die Arbeit der Ortsgruppe im verflossenen Jahre schilderte. Die Mitgliederzahl ist trotz der allgemeinen Not nicht gesunken. Die Kassenführerin gab dann die Einnahmen und Ausgaben im verflossenen Jahre bekannt. Dem Schriftführer, Landsmann Kamprad, und der Kassenführerin, Frau Kirsten, dankte der Vorsitzende, und die Versammlung erteilte der Kassenführerin Entlastung. Sodann wurde der Vorstand einstimmig wiedergewählt. Darauf wurde ein Ausflug mit der Jugend nach dem Schlachtfeld von Jena in nächster Zeit besprochen. Am 5. März wird der Vorsitzende einen Vortrag Zeit besprochen.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Ortsgruppe Essen. Am 24. Januar fand im Vereinslokal „Felsenkeller“ die Jahreshauptversammlung statt, auf welcher der Vorsitzende, Herr W. Kaschik, über die günstige Entwicklung der Orts-

gruppe berichtete. Herr K. Trocha erstattete einen ausführlichen Jahresbericht, welchem dann der Bericht des Schatzmeisters, G. Kufeld, folgte. Aus dem letzteren ging hervor, daß die Kassenverhältnisse der Ortsgruppe geordnete sind, was auch der Bericht der Revisoren Nasinski und Junke bestätigte. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt und besteht aus den Herren W. Kaschik, Vorsitzender; J. Golz, 2. Vorsitzender; G. Kufeld, Schatzmeister; G. Pehlke, 2. Schatzmeister; J. Schick, Schriftführer; K. Trocha, 2. Schriftführer; A. Friedrich und A. Günther, Beisitzer. Die Versammlung begrüßte es mit besonderer Freude, daß Herr W. Kaschik sich bereit erklärt hat, wieder die Leitung der Ortsgruppe zu übernehmen. Nach den Wahlen hielt Herr A. Günther noch einen Vortrag über die Entschädigungsfrage und wies darauf hin, daß dieselbe im Hinblick auf die schwere Finanzlage des Reiches nur auf internationalem Wege geregelt werden könne. Nach einer lebhaften Aussprache über diese wichtige Frage schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem kräftigen „Ostheil“.

Ortsgruppe Gelsenkirchen. Am 24. Januar hielt die Ortsgruppe in ihrem Vereinslokal ihre Generalversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Kurt Wesner, Am Rosenhügel 14; 1. Schriftführer Joh. Wruck, Fürstinnenstr. 21; 1. Kassierer Fr. Koch, 2. Walzwerkstr. 2a. Beisitzer: Alfred Thom, Herm. Hanneberg, M. Meißner, Leo Lemde. Nach der Wahl wurde die Beitragsfrage geregelt.

Aus befreundeten Verbänden.

Herman-Wirth-Gesellschaft.

Stadtbibliothekar Wolfgang Schöningh spricht am Mittwoch, den 9. März 1932, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Oberverwaltungsgerichts, Hardenbergstr. 31, über: Urnordische Kultüberlieferungen im Katholizismus im Zusammenhang mit Herman Wirths Forschungen. (Mit Lichtbildern.) Eintritt 1 und 2 Mark, Mitglieder die Hälfte.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Bernhard von Hindenburg †.

Am 25. Februar ist in Lübeck, Klaus-Groth-Straße 1, der jüngere Bruder des Reichspräsidenten, der Schriftsteller Oberleutnant a. D. Bernhard von Beneckendorff und von Hindenburg im Alter von 74 Jahren gestorben. Während Generalfeldmarschall von Hindenburg bekanntlich in Posen, wo sein Vater damals als Offizier in Garnison stand, geboren ist, und zwar in dem Hause Bergstraße 7, war sein Bruder Bernhard am 17. Januar 1859 in Glogau geboren, wohin der Vater der beiden, nachdem er inzwischen in Pinne in Garnison gestanden hatte, versetzt worden war. Bernhard von Hindenburg ist dadurch in weiten Kreisen bekannt geworden, daß er während des Weltkrieges die erste Biographie seines im Weltkriege zu Weltruhm gekommenen Bruders Paul, des Generalfeldmarschalls, veröffentlichte. Von seinen vielen sonstigen Schriften sind besonders bekannt geworden seine Romane „Wir alten Familien“ und „Der Hüter des Tals“, die er als Erstlinge unter dem Pseudonym Bernhard von Burgdorff veröffentlichte; ferner der Roman „Der Bernsteinkönig“. Außerdem hat er ein Trauerspiel „Galilei“, sowie die Schauspiele „Die Sagensteine“, „Das Opferfeuer“, „Der Quell“, „Maria“ usw. veröffentlicht. Auch einige Lustspiele hat er erscheinen lassen, ferner unter dem Titel „Spatenstiche“ Aphorismen, Gedichte, Märchen usw. Herr Reichspräsident von Hindenburg mußte es sich versagen, an der Beerdigung seines Bruders in Lübeck teilzunehmen. Er wurde vertreten durch seinen Sohn und seine Tochter, Frau von Pentz.

Ökonomierat Scherz-Pieske †.

Nach längerem Leiden starb im 76. Lebensjahre auf seiner Besitzung Pieske der Rittergutsbesitzer Ökonomierat Scherz. Der Verstorbene war weit über die Grenzen des Kreises Meseritz und über die der Grenzmark Posen-Westpreußen hinaus als einer der eifrigsten Verfechter der Interessen der Landwirtschaft bekannt. Er war Mitbegründer des Kreislandbundes Meseritz, dessen Ehrenvorsitzender er nach Niederlegung des Vorsitzendenpostens war. Ferner war er Ehrenvorsitzender des Provinziallandbundes für die Grenzmark Posen-Westpreußen und Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer der Grenzmark. Außerdem war er Vorstandsmitglied einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Berufsverbände. Ökonomierat Scherz, der Mitglied des Kreistages des Kreises Meseritz war, gehörte bis zur Revolution dem preußischen Landtage als Mitglied der konservativen Partei für den Wahlkreis Meseritz-Birnbaum-Bomst an.

Landesoberinspektor i. R. Robert Weimann †.

Am 21. 2. ist der Landesoberinspektor i. R. Robert Weimann, Neustrelitz, Markt 16, der langjährige verdienstvolle Vorsitzende unserer Ortsgruppe Strelitz-Alt, gestorben. Seit er 1925 durch das Vertrauen seiner Landsleute in dieses Ehrenamt gewählt worden war, hat er sowohl in dieser wie in unserm Landesverband Mecklenburg sich eifrig, hingebend und opferfreudig im Interesse der Mitglieder betätigt und sich allezeit in Treue und Anhänglichkeit an die alte ostmärkische Heimat für diese und ihre Zurückgewinnung eingesetzt. Wie sehr er sich der allgemeinen Wertschätzung erfreute, kam zum Ausdruck bei der Feier seines 70. Geburtstages im Jahre 1928. Wir werden dem tatkräftigen Landsmann allezeit ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Führung der Ortsgruppe hat einstweilen Landsmann P. Deutschmann, Neustrelitz, Töpferberg 3a, übernommen.

Polizeirat Arthur Paschke †.

Am 4. Februar ist in Berlin W 50, Rankestr. 28, der Distriktkommissar a. D., Polizeirat Arthur Paschke, im Alter von 79 Jahren gestorben. Er ist über 25 Jahre lang als Beamter in der Provinz Posen tätig gewesen, darunter 15 Jahre lang als Distriktskommissar des Bezirks Ostrowo-Nord, bis zum polnischen Umsturz. Er war ein allseitig geschätzter, tüchtiger Beamter der guten alten preußischen Schule, wohlwollend und entgegenkommend. Seine Gattin ist ihm 1920 in Berlin im Tode vorausgegangen.

Baurat i. R. Professor Heinrich Seeling †.

Der Erbauer des 1896 an Stelle des alten abgebrannten Theaters neu erbauten Bromberger Stadttheaters (Theaterplatz), der Charlottenburger Baurat i. R. Professor Heinrich Seeling, ist am 15. Februar in Berlin-Wilmersdorf im Alter von 81 Jahren gestorben. Seeling hat auch eine Reihe anderer moderner vorbildlicher Theaterbauten geschaffen.

Frau Geheimrat Bertha Schröer †.

Am 23. Februar ist in Breslau die verw. Frau Geh. Regierungsrat Bertha Schröer in dem hohen Alter von fast 81 Jahren gestorben. Ihr Gatte war von 1895 bis 1912 Direktor des Mariengymnasiums in Posen und blieb nach seinem Übertritt in den Ruhestand in der ihm liebgewordenen Stadt, wo er 1919 gestorben ist. Das Ehepaar erfreute sich in Posen großen Ansehens und war in weiten Kreisen beliebt. Frau Geheimrat Schröer zog nach dem Tod ihres Mannes zu ihrem Schwiegersohn, Herrn Oberstudiendirektor Dr. Klinke nach Breslau, Kaiserstraße 78/80, einem Bruder des Posener Domherrn Klinke; letzterer ist, wie schon erwähnt, ebenfalls am 23. Februar gestorben, so daß die Familie des Oberstudiendirektors Dr. Klinke durch zwei Todesfälle am gleichen Tage in tiefe Trauer versetzt wurde. Ein Sohn des verstorbenen Geheimrats Schröer, Landgerichtsdirektor Dr. Schröer, hat längere Zeit in Bielefeld gewirkt, wo er als Vorstandsmitglied unserer dortigen Ortsgruppe sich eifrig für die Ostfragen betätigt hat. Vor kurzem ist er an das Reichsgericht in Leipzig versetzt worden.

Ein Führer der ostmärkischen Landwirtschaft gestorben.

In Züllichau starb der Bauerngutsbesitzer Gustav Goldbach, der als Kartoffelzüchter und Mitbegründer der Ostmärkischen Saatbau G. m. b. H. in Schwiebus sowie als Konstrukteur landwirtschaftlicher Geräte einen bekannten Namen weit über die Grenzen des Reiches hinaus hatte.

Amtsrat Bernhard Seer 80 Jahre alt.

Der frühere Pächter der Staatsdomäne Nischwitz, Kreis Hohensalza, Amtsrat Bernhard Seer, Sohn des verstorbenen ehemaligen nationalliberalen Landtagsabgeordneten Seer, vollendete am 6. Februar sein 80. Lebensjahr in Hirschberg i. Rsg.

Rentier Gustav Schwarz 80 Jahre alt.

Am 8. März wird ein weit bekannter Ostmärker, Rentier Gustav Schwarz in Wussow bei Barzin (Pommern), 80 Jahre alt. Er wurde in Parlin, Kreis Mogilno (Posen), geboren; hier lebte er viele Jahre als Gutsbesitzer auf dem Erbe seiner Väter. In Mogilno war er zehn Jahre lang Mitglied des Kreistages und sieben Jahre Mitglied des Kreisausschusses, außerdem hatte er verschiedene andere Ehrenämter. Hierauf erwarb er das Gut Storsemczin bei Witkowo (Posen). Nach dessen Verkauf lebte er einige Zeit in Bromberg. Später kaufte er das Gut Hermannsruh, Kreis Johannisburg (Ostpreußen), wo er bis Neujahr 1914 wohnte. In der Folgezeit lebte er mit seiner Ehefrau wieder in Bromberg, bis er im Januar 1922 zu seiner einzigen Tochter und seinem Schwiegersohn, Pfarrer Vogel, nach Wussow bei Barzin (Pommern), zog. Er hat zwei Enkel und einen Urenkel. Der eine Enkel ist Forstassessor bei der Regierung in Gumbinnen, der andere Rechtsanwalt in Stolp (Pommern).

40jähriges Amtsjubiläum des Pfarrers Wurmbach.

Pfarrer Bernhard Wurmbach in Bromberg, seit 10 Jahren an der dortigen Christuskirche tätig, früher 10 Jahre Pfarrer in Ossielsk bei Bomberg, konnte am 27. Februar sein 40jähriges Amtsjubiläum feiern. Er ist nebenamtlich Seelsorger an der Diakonissenanstalt und dem Kreiskrankenhaus, Religionslehrer am Deutschen Privat-Gymnasium und Vorsitzender des Jungmännervereins. Trotz seiner 67 Jahre ist er, aus Westfalen stammend, aber in der Ostmark ganz und gar festgewurzelt, als Geistlicher in seinen vielen Ämtern noch mit großer Frische und Regsamkeit tätig.

Oberbürgermeister Rauscher, Potsdam,

ein ostpreußischer Landsmann, wurde soeben zum Vorsitzenden des Brandenburgischen Provinziallandtages gewählt an Stelle des Stadtrats a. D. Hänchen, Guben (S. P. D.), der die Mehrheit nicht mehr erhielt, weil die Deutsche Volkspartei aus der Großen Koalition ausgeschieden ist und sich bei den Vorstandswahlen der Stimme enthielt.

Kaufmann Eduard Goering, Neidenburg, 70 Jahre alt.

Ein alter Soldauer, Herr Eduard Goering, jetzt in Neidenburg, beging am 21. Februar in aller Stille seinen 70. Geburtstag. Herr Goering genoß in Soldau großes Ansehen. Er war lange Zeit Stadtverordneter, eine Zeitlang auch stellvertretender Bürgermeister und Brandmeister der freiwilligen Feuerwehr. Nach seiner Verdrängung ließ er sich in Neidenburg nieder, wo er als rühriger Vorsitzender unserer Ortsgruppe sich verdient gemacht hat. Trotz seines Alters erfreut er sich als zäher Ostpreuße körperlicher Rüstigkeit und Frische.

*

Examen: Am Gymnasium Petrinum in Recklinghausen bestand Franz Kuhnert, Sohn des Konrektors Joseph K., sein Abitur mit gut. (Früher in Pronikau, Kreis Löbau, und Marienwerder.) In zwei Jahren erledigte er die Grundschule, in acht Jahren die Gymnasialklassen. K. ist am 18. 8. 1915 geboren; mit 16½ Jahren dürfte er der jüngste Abiturient in Preußen sein.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte kürzlich der Fleischermeister und Stadtverordnete Johann Blaszak in Bromberg.

Versetzt: Der Direktor der Pädagogischen Akademie in Breslau, Prof. Dr. Karl Weidel, ist zum Oberstudiendirektor des vereinigten staatlichen Dom- und Klostergymnasiums in Magdeburg berufen worden.

In den Ruhestand versetzt: Landesfinanzamts-Präsident Geh. Kriegsrat Hamann in Breslau am 1. Mai.

Keine Neuaufnahmen in die Pädagogischen Akademien. Mit Rücksicht auf die große Zahl stellenloser Schulamtsbewerber finden Neuaufnahmen in die preußischen Pädagogischen Akademien im Jahre 1932 nicht statt.

Geboren: Eine Tochter dem Staatsoberförster Hans Sellheim, Siehdichum bei Frankfurt a. d. O.

Verlobt: Fräulein Käte Ziegenhagen mit Herrn Paul Demski in Oberhausen, früher Bromberg; Dipl.-Landwirt Eberhard von Kries auf Smarzewo (Westpolen) mit Fräulein Hertha von Canstein, Lockstedt (Bez. Hamburg); Gutsbesitzer Dr. rer. techn. Gustav Adolf Günther in Surmin mit Fräulein Valeska Jakobielski, Jutrosin (Jutroschin), Kr. Rawitsch, Tochter des Pfarrers J.

Vermählt: Fräulein Dittlinde Schmidt, Tochter des verstorbenen Ostrowoer Landgerichtsdirektors Schmidt, mit Dr. med. Lesmes Jabal in Barcelona.

Silberhochzeit: Maler Otto Hinz und seine Ehefrau, früher in Samter (Posen), jetzt in Dollern (Hannover); Stadtmusikdirektor Max Fritsche in Peine (Hannover), geb. in Zielenzig (Neumark), von 1896 bis 1919 in Konitz, und dessen Frau Elsa, geb. Schroeder, früher in Rudabrück, Kr. Tuchel, und Samotschin, am 8. 3.; die Justizinspektor Ernst Kabisch'schen Eheleute in Berlin, früher Bromberg.

Bejahrte Ostmärker: Prälat Alexander Jablonski in Zoppot, von 1890 bis 1909 Direktor des katholischen Seminars in Tuchel, am 22. 2. 85 J.; die frühere Johanniterschwester Wanda Freiin von Boenigk in Hirschberg (Rsg.), Schwägerin des im Weltkriege gefallenen Staatswissenschaftlers an der Akademie Posen Professor Max Gebauer, am 29. Februar 80 J. (ihr Vater führte das aus Posenern und Niederschlesiern zusammengesetzte 8. Landwehr-Regiment 1870, an dessen Spitze er schwer verwundet wurde); der Reichsbahn-Stellwerksmeister a. D. Gottfried Holinski, früher in Goßlarshausen in Westpreußen, Mitbegründer der Ortsgruppe Dessau, am 1. 2. 70 J.; Frau S. Budach in Kiel, Kirchhofsallee 108, früher Posen, am 19. 2. 70 J.; Apotheker Walther Beyer in Ballenstedt am 5. 3. 50 J. (B. entstammt einer der ältesten seit Anfang des 18. Jahrhunderts ansässigen Familien Hohensalzas und war 11 Jahre Besitzer der Apotheke in Argenau bis zur Abtretung an Polen); Frau Emilie Goebel in Magdeburg, Weinbergstr. 50, früher in Schrimm, am 21. 2. 70 J.; Schlosserm. Jos. Stephan in Wirsitz am 15. 2. 95 J. (er ist der älteste Bürger, erfreut sich guter Gesundheit und geistiger Frische); Fleischermeister Karl Thiede in Reinickendorf-Ost, Holländer Str. 126, früher Bromberg, am 13. 2. 60 J.; Bäckermeister Albert Schallhorn in Berlin-Neukölln, Emser Str. 78, früher Bromberg, am 20. 3. 60 J.; Tapeziermeister Wilh. Lawrenz, Berlin, Stralsunder Str. 31, früher Bromberg, am 25. 1. 70 J.; Polizeiwachtmeister Hermann Jung, Berlin-Mariendorf, Großbeerenstr. 13, am 12. 3. 80 J.; der frühere Ehrenmeister der Bromberger Schlosserinnung Lesser Lewi, C 2, Neue Friedrichstr. 98, am 19. 3. 76 J.; Witwe Klara Lewandowski, geb. Belke, bei ihrem Schwiegersohn Lehrer Wickel in Bottrop (Westf.), Eickholtshof 2, früher in Posen, am 25. 3. 83 J.; Frau Martha Reymann, geb. Lewandowski, Witwe des Kanzleiinspektors Ernst Reymann, in Grünberg (Schl.), Akazienstr. 5, part., früher in Posen, am 20. 1. 60 J.; Studiendirektor i. R. Professor Dr. Weigelt, am 27. 2. 70 J. alt, nicht 90 J., wie im „Ostland" berichtet; Heinrich Friedrich Janselow in Rheinsberg am 22. 2. 81 J. alt, nicht gestorben, wie im „Ostland" berichtet.

Gestorben: Molkereibesitzer Alfred Drauschke in Beuthen (Bez. Liegnitz), früher in Deutsch-Jeseritz (Kreis Lissa in Posen), am 16. 1., 44 J., der Baurat Knothe-Bähnisch in Rawitsch, einer der letzten deutschen Stadträte der Stadt Posen, am 12. 1. (der Verstorbene entstammte der altbekannten Posener Familie Knothe und nahm an den Umbauten und Erneuerungsarbeiten am alten Posener Rathaus teil); Haltepunktwärter Karl Redde in Dühringshof, früher Elsenort (Kreis Wirsitz), am 6. 2., 75 J.; die jüngste Tochter des früheren Besitzers von Katschlin (Kreis Birnbaum) Rudolf Kinzel, Frau Johanna Unbescheid in Lichterfelde-Ost, Gattin des Oberkommissars der Landesverwaltung der Provinz Brandenburg, Rudolf Unbescheid, der auch lange Jahre in der Provinz Posen als Landwirt und als Hagelversicherungstaxator wirkte, am 23. 2., 58 J.; Gertrud Lindner, Tochter des Friseurs Karl Lindner, Drossen, Poststr. 23, früher Pinne (Posen), am 15. 1., 28 J.; Möbelhändler Paul Hege in Bromberg am 26. 2., 85 J.; Frau Anna Smigowski, geb. Kluge, in Graudenz am 26. 2.; Eisenbahnobersekretär i. R. Wilhelm Florian in Frankfurt (Oder) am 27. 2., 65 J.; Pfarrfrau Käthe Benade, geb. Schirmer, in Lednagora (Lettberg) (Kreis Gnesen) am 26. 2., 71 J.; Frau Henriette Nickel, geb. Behr, in Posen am 26. 2.; Oberzollinspektor Paul Ziegelasch, Berlin-Wilmersdorf, Johannisberger Straße 16, früher Bromberg, am 23. 1., Postsekretär i. R. Gustav Puhlmann, Berlin-Neukölln, Jägerstr. 15, früher Bromberg, am 28. 1., 90 J.; Kanzleiobersekretär i. R. Krosta in Kiel, Sternstr. 5, früher Bromberg (Eisenbahndirektion), am 16. 2., 82 J.; Rentier Wilhelm Schimmel in Heidedombrowka (Kreis Obornik) am 13. 2., 90 J. (der Verstorbene war Kriegsveteran der Feldzüge von 1866 und 1870/71); der Hausbesitzer und frühere Bierverleger Paul Henschke in Bromberg, 70 J.; Kaufmann Emil Ludwig in Bromberg, 66 J.; Apotheker und Kirchenältester Georg Manzek in Labischin; Kirchenältester Heinrich Rohlfing in Weichselhorst (Kreis Bromberg); Rechtsanwalt Jan Maciaszek in Bromberg (der erste polnische Stadtpräsident nach dem Umsturz) am 10. 1. (er trat schon nach einjähriger Tätigkeit 1921 infolge scharfer persönlicher Angriffe fanatischer Polen von der Leitung des Bromberger Magistrats zurück und war seitdem als Anwalt in Bromberg tätig); Gutsbesitzer Friedrich Klinksiek in Latalice (der, wie wir im „Ostland" berichtet haben, erst kürzlich seinen 60. Geburtstag gefeiert hat) im Diakonissenhause zu Posen am 22. 2. (er war Vorstandsmitglied der Brennereigenossenschaft Lednogora); Frau Pfarrer Klara Schulze, geb. Kirchner, in Naumburg a. S. (Gattin des Pfarrers i. R. Adolf Schulze), früher in Schwersenz, am 20. 2.; Frau Christine Stier, geb. Stenzel, in Wreschen (6 Stunden nach der Geburt ihres ersten Kindes, eines gesunden Knaben) am 19. 2.; Bürgermeister Erich Beitler in Döbern, früher Bürgermeister der Stadt Rackwitz in Posen, nach seiner Verdrängung bis 31. 3. 31 Bürgermeister in Döbern, im Krankenhause in Forst am 13. 2., 46 J.; Frau Bäckermeister Marie Wiese, geb. Blanke, in Kölleda (Thür.) am 9. 2., 78 J. — Der kürzlich verstorbene Provinzialkonservator für Schlesien Ludwig Burgemeister versah dieses Amt nicht vom Januar 1902, wie im letzten „Ostland" erwähnt, sondern vom April 1917 ab.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, Ostpreußen, mittlere Ostmark, Pommern und Schlesien.

Breslau. Die Rockefeller-Stiftung hat zur Errichtung eines neurologischen Instituts 50 000 Dollar zur Verfügung gestellt. Das Institut soll unter der Leitung von Professor Otfried Foerster stehen, der Berufungen nach Heidelberg und an das Forschungsinstitut abgelehnt hat.

Frankfurt a. d. O. Die schon so lange geplante Chaussee von Frankfurt über das Ruhnen-Vorwerk nach Lichtenberg soll jetzt mit Hilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes gebaut werden.

Landsberg (Warthe). Auf dem Rittergute Grapow im Kreise Friedeberg N.-M. hatte sich ein als Hauslehrer engagierter Dr. phil. et nat. Oberleutnant zur See a. D. Hermann Kloos durch sein sicheres Auftreten das Vertrauen der Familie von Schmiterlöw in so hohem Maße erworben, daß diese ihm Generalvollmacht über das Gut erteilte. Kloos konnte jetzt, während er auf Urlaub gefahren war, als Schwindler entlarvt werden. Titel und Orden hatte er sich selbst zugelegt. Ob er die Familie von Schmiterlöw auch als Generalbevollmächtigter betrogen hat, wird z. Z. noch untersucht.

Schneidemühl. Die Grenzmärkische Gesellschaft zur Erforschung und Pflege der Heimat hielt in Schneidemühl ihre siebente Jahreshauptversammlung ab. Die Gesellschaft zählt zurzeit 296 Mitglieder, 10 Körperschaften und 12 Schulen, also insgesamt 318 Mitglieder. Neben dem Vorstand ist ein wissenschaftlicher Beirat tätig, dem Oberstudienrat Dr. Schmitz, Oberstudienrat Klinkott, Studienrat Schütz, Lehrer Bleich und Landesarchäologe Dr. Holter angehören. Innerhalb der Gesellschaft ist eine historisch-deutschkundliche Abteilung unter Leitung von Oberstudienrat Dr. Schmitz und eine naturkundliche Abteilung unter Führung von Mittelschullehrer Frase gebildet worden. Außerdem arbeiten noch im Rahmen der Gesellschaft eine Arbeitsgemeinschaft für Familienforschung und eine solche für volkskundliche Forschung. Ferner betreibt die Gesellschaft noch prähistorische Forschung unter Leitung des Landesarchäologen Dr. Holter. Auch eine Flurnamensammelstelle ist der Gesellschaft angegliedert. Im Staatsarchiv in Berlin-Dahlem ist ein besonderes Archiv für die Grenzmark Posen-Westpreußen geschaffen worden. Im Regierungsgebäude in Schneidemühl ist eine Archivnebenstelle eingerichtet worden.